

Unabhängige Bauerninformation



Berufsständisch • Parteiunabhängig • Kritisch

2020

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

- Was ist 1 Hektar Kulturland wert?
- Es braucht neue Spielregeln am Markt für Lebensmittel sowie die Land- und Forstwirtschaft



Landwirtschaft neu denken & gestalten
= ökosozial leben



Geschätzte Bäuerinnen, Bauern & Unternehmer! Geschätzte Jugend!

Wir stehen am Scheideweg: Neue Wege für neue Perspektiven oder zusperrren. Wir wollen nicht zusperrren, daher brauchen wir neue Wege. UBV-Vizepräsident Johann Herbst und der Unternehmer Josef Kaltenecker haben zur Zukunft der Landwirtschaft sowie zur GAP 2020-2027 ein komplett neues Programm erarbeitet.

Es wurde am UBV-Bundesverbandstag im Jänner 2019 beschlossen. Der zentrale Ansatz ist: Die Land- und Forstwirtschaft muss wieder jenes Einkommen erwirtschaften, welches den erbrachten Leistungen gerecht wird. Derzeit passen die Einkommen überhaupt nicht. Die Land- und Forstwirtschaft braucht 2-3 Mal höhere Einkommen, als dies derzeit der Fall ist!

Wir brauchen also konkret 3-5 Milliarden Euro mehr an Einnahmen jährlich. In unserem Programm ist das sachlich und mit Fakten belegt dargestellt. Damit erhalten die Betriebe jenes notwendige Fundament, um wirtschaftlich bestehen zu können. Dazu brauchen wir faire Regeln am Markt sowie die Abgeltung der Leistungen in den Bereichen Ökologie, natürliche Tierhaltung, Landschaftsschutz sowie Erhalt wie Pflege der Kulturlandschaft.

Unser Leitgedanke ist: „Landwirtschaft neu denken & handeln = ökosozial leben“. Wir laden ein, unseren Modellansatz zu diskutieren bzw. umzusetzen!

LKR ÖKR Karl Keplinger
Rinder- & Ackerbauer
Präsident UBV Österreich & OÖ

Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben

Die Agrarpolitik ist europaweit komplett aus der Balance. Wir meinen: Das muss sich ändern!

In der EU wird intensiv über die „nächste Gemeinsame EU Agrarpolitik“ (GAP) verhandelt. Aus der Sicht des Unabhängigen Bauernverbandes (UBV) ist die GAP in der aktuellen Form den Bauern nicht mehr weiter zumutbar. Der UBV hat zusammengefasst, warum es so nicht mehr weitergehen kann. Gleichzeitig legt der UBV konkrete Vorschläge wie Forderungen

für eine Neugestaltung der GAP wie der national notwendigen Maßnahmen zur Diskussion auf den Tisch. Das Ziel der vorgeschlagenen Lösungen ist eine deutliche Steigerung der Einkommen für die Land- und Forstwirtschaft. Wir wollen wieder ermutigende Perspektiven für die Bauern in den Alpenregionen schaffen. Ausreden gelten nicht mehr.

Der Grundansatz lautet:

- **Was ist ein (1) Hektar bewirtschaftetes Kulturland wert?**
- **Wie bekommen wir faire Spielregeln am Markt und damit ökonomisch sinnvolle Produktpreise?**



1. GAP 2020 bis 2027: Wie wir es nicht wollen!

Seit dem EU-Beitritt 1995 hofften die Bauern vor jeder Periode, dass es eine Reform der GAP zu Gunsten der Bauern gibt. Doch es wurde für die Bauern nur schlechter.

1.1 Existenzen vernichtende Rahmenbedingungen

Die aktuelle Situation der Landwirtschaft ist in vielen Regionen Europas dramatisch und sie wird täglich schlimmer. Noch wird die Landschaft von bäuerlichen Betrieben geprägt.

Das tägliche Bauernsterben ist aber katastrophal und nicht mehr an Betriebsgrößen festzumachen. Die derzeitigen Rahmenbedingungen raffen einer Seuche gleich die Bauern von den Höfen. Tausende Existenzen und Arbeitsplätze werden vernichtet. Das Antlitz der von Bauernhand geschaffenen Kulturlandschaft verschwindet mit den Bauern – in Österreich wie in der EU.

1.2 Politik für Konzerne

Die aktuelle Agrarpolitik der großen Akteure am Welt-Agrar-Markt (u.a. USA, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Australien, China, Indien und EU) setzt auf grenzenloses Wachstum.

Die EU kurbelt dieses Spiel intensiv mit an. Durch die geschaffenen Rahmenbedingungen versucht man gezielt, Agrarland, welches noch in bäuerlichem Eigentum steht und von bäuerlichen Familien bewirtschaftet wird, zu Konzernen hinzuschieben.

Das Ziel ist es, mit billigen Arbeitskräften Lebensmittel zu erzeugen. Geld verdienen dabei nur die Aktionäre der Konzerne „ohne Gewissen“. Die Anonymität der Aktionäre schafft zudem Raum dafür, dass niemand für die Fehlentwicklungen verantwortlich ist.

Auf der Strecke bleiben selbstständige Bauern sowie Klein- und Mittelbetriebe in der Verarbeitung bzw. Vermarktung. Zum Drüberstreuen demoliert man gezielt die Ernährungssouveränität vieler Staaten.

1.3 Politik gegen Bauern und Konsumenten

Nahezu alle Repräsentanten dieser Politik leben nicht von deren Investment oder Arbeit am Acker, in den Ställen, in den Obst-, Wein- und Gemüsegärten oder in der Verarbeitung. Sie leben aber bestens von und mit der Landwirtschaft – auf Kosten der Bauern.

Sie sitzen von Brüssel bis in die Nationalstaaten in Ministerien, in Parlamenten oder in Verwaltungsbüros. Sie sitzen insbesondere in den Börsen New York's (an der Wallstreet), Londons, in Paris oder wo immer es Börsen gibt. Sie sitzen also dort, wo man „auf Teufel komm raus“

spekuliert. Und sie sitzen auch in den Zentralen des Lebensmittelhandels. Die Zeche dieses "Raubtier-Kapitalismus" zahlen die Bauern.

1.4 Keine Spielregeln – dafür Willkür der Macht

Derzeit fehlen an allen Ecken und Enden faire gesetzliche Rahmen für Bauern bzw. beim Handel mit Lebensmitteln oder auch beim Holz. Dazu kommt, dass die gewählten Vertreter in den Parlamenten keine Verantwortung übernehmen wollen, um z.B. mit konkreten Vorgaben die Willkür von Macht sowie Raubtierkapitalismus zu stoppen!

Warum ist das so? Das sind ja keine Gottesgesetze, sondern von gewissenlosen Zeitgenossen erdachte Ungerechtigkeiten. Es braucht für die Landwirtschaft, für den Handel mit Lebensmitteln ein klares Regelwerk. Das, was z. B. im Sport selbstverständlich ist, muss auch für die Produktion wie für den Handel mit Lebensmitteln und für Holz gelten. Ohne Kompromisse für die Erzeugung, die Verarbeitung, die Vermarktung und den Handel von Lebensmitteln. Nur dann gibt es für die Land- und Forstwirtschaft wieder ökonomische Perspektiven!

2. Wir fordern zur GAP neue Wege

Die aktuelle Agrarpolitik versteckt sich hinter Argumenten wie: "Man könnte nichts machen, das gehe nicht, es gibt kein Geld" usw. Wir vom UBV sehen dies anders: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!



- Die Zugänge vieler Verantwortungsträger zur Landwirtschaft – nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa – schieben die zentralen Leistungen der Bauern immer mehr in den Hintergrund.
- Oft ist den Bauern selbst nicht mehr bewusst, was das konkrete Ergebnis ihrer Arbeit und ihres Fleißes ist bzw. sein soll und was diese Leistung wert ist.
- Der tägliche Kampf ums Überleben verstellt den Blick auf die wahren Aufgaben. Der Berg an Bürokratie sowie immer neue Auflagen und Vorgaben trüben den klaren Blick. Und jeden Tag erklärt irgendwo jemand, wofür die Bauern verantwortlich wären.
- Die Vernebelung beginnt leider oft schon durch gewählte Bauernvertreter. Diese bevorzugen zu oft bei Entscheidungsfindungen jene Lösung, die einen persönlichen Nutzen bringt bzw. bringen könnte. Sei es, die bezahlte Funktion zu behalten oder spekulativ zu planen, wie man für sich selbst oder das enge, eigene Umfeld einen Vorteil generieren kann.
- Es ging der Blick auf das Ganze verloren. Dazu die Fähigkeit und der Wille über den Tellerrand zu blicken, um mit neuem Denken und Mut Lösungen zu entwickeln, welche den Bauern sowie deren Partnern die wirtschaftlichen Fundamente wieder zurückbringen, indem dann die Einnahmen wieder passen!



GAP 2020 bis 2027: Wie wir es wollen!

2.1 Die zentralen Fragen lauten:

- Was sind die konkreten Leistungen der Land- und Forstwirtschaft – welche Produkte erzeugen sie?
- Was braucht es für eine seriöse, ernsthafte Bezahlung dieser Leistungen? – und als verbindende Klammer:
- Wie müssen die Rahmenbedingungen gestaltet sein, um mit der Kreislaufwirtschaft – worauf die Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft aufsetzt – erfolgreich Agrarwirtschaft zu leben?

2.2 Die Bauern erzeugen zwei Produkte mit einem Alleinstellungsmerkmal am Markt:

I. Die Bauern erzeugen Lebensmittel

II. Die Bauern erzeugen Kulturlandschaft

Die betriebswirtschaftlich notwendige ausreichende Bezahlung dieser Leistungen findet derzeit nicht statt. Ändert man dies nicht sofort, dann gibt es keine gesunde

Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft mit Bauern und Bauernfamilien. Dafür wird das Bauernsterben beschleunigt.

Die Probleme lauten:

Zu I) Die Bauern erzeugen Lebensmittel:

Es gibt derzeit keine Spielregeln am Markt für Lebensmittel, welche die Bauern schützen. Beim Handel mit Lebensmitteln fehlen faire gesetzliche Regeln, die klar vorgeben, in welchem Rahmen sich der Markt zu bewegen hat. Daher passen die Preise für die Produkte der Land- und Forstwirtschaft nicht. Das muss sich ändern.

Zu II) Die Bauern erzeugen Kulturlandschaft:

Der Wert der Bereitstellung von 1 Hektar Kulturlandschaft durch die Land- und Forstwirtschaft wird nicht bezahlt. Die intakte Kulturlandschaft stellen die Bauern bis heute praktisch gratis zur Verfügung. Kulturlandschaft, durch die Bauern geschaffen, ist zu bezahlen. Das muss sich ändern.



Wir halten es mit einem Samenkorn, welches auch bei größtem Widerstand austreibt. Wer verändern will, der schafft es!



Wenn wir als Bauern die ganzheitliche Wirtschaftsweise leben wollen, brauchen wir Regeln, die uns stützen und nicht abmontieren. Das trifft uns direkt am Hof mit unseren Produkten. Oder indirekt wie z.B. beim Bau einer 380-KV-Stromleitung.

Aktuell lebt die Politik meist Konzerninteressen, koste es, was es wolle. Aber ein Erdkabel – um beim Strom zu bleiben – wird aus Kostengründen ausgeschlossen. Uns Bauern wird aber, egal bei welcher Produktionsweise, jede Auflage zugemutet, egal was diese kostet.

Das wollen wir mit einem anderen, neuen Agrarmodell abstellen, damit wir eine faire Chance haben. Jetzt haben wir diese nicht.

LKR Stefan Weiss
Biobauer
Obmann UBV Salzburg

3. Der UBV fordert die Bezahlung der Bereitstellung von Kulturland

© weinfranz



Viele Bauernhöfe haben größte Finanzprobleme. Es passen die Einnahmen nicht, weil die Spielregeln nicht passen. Diese sind am Ende des Tages aber maßgeblich für unsere Produktpreise.

Daher brauchen wir ein neues Agrarmodell ohne faule Kompromisse. Die Lippenbekenntnisse der Standesvertreter in den letzten Jahren haben die Situation in der Land- und Forstwirtschaft nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Deshalb wollen wir eine neue, andere Agrarpolitik, in der nicht das Marketing einzelner Personen, sondern unsere Einnahmen wieder im Vordergrund stehen.

Nur so haben unsere jungen Bauern auf den Höfen echte Perspektiven.

LKR Johann Ilsinger
Berg- & Almbauer
Obmann UBV Steiermark

3.1 Einen „Staatsvertrag“ mit der Republik Österreich zur Bezahlung von bewirtschaftetem Kulturland

■ Die Land- und Forstwirtschaft braucht für die geforderten neuen Wege in der Agrarpolitik einen Vertrag mit der Republik Österreich. Darin ist die Abgeltung der Leistungserbringung – Schaffung und Bereitstellung des Produktes „gepflegtes Kulturland“ – je Hektar inklusive eines Index zu fixieren.

■ Auf dieser Basis stellt jeder Land- und Forstwirt dem Staat jährlich eine Rechnung. Die Rechnung wird in vier Tranchen zum vereinbarten Stichtag bezahlt.

■ Der Rechnungsleger zahlt davon Steuern und Beiträge

zur Sozialversicherung nach Abzug aller Aufwendungen, die zur Erbringung dieser Leistungen entstehen.

■ Rechnungsleger sind Land- und Forstwirte für land- und forstwirtschaftliche Flächen. Sie erbringen mit ihrer Arbeit bereits jetzt eigentlich unbezahlbare Leistungen für die Gesellschaft.

■ Das gilt auch für den Wald. Die Pflege des Waldes bedeutet konkret die Erhaltung der Schutzfunktion, der Nutzfunktion, der Erholungsfunktion und der Wohlfahrtsfunktion des Waldes. Das dient der gesamten Gesellschaft.

3.2 Was ist ein (1) Hektar gepflegtes, bewirtschaftetes Kulturland wert?

Das System soll so aufgebaut sein, dass es einen Sockelbetrag je Hektar gibt, egal welche Art der Bewirtschaf-

tung erfolgt. Das gilt von der Alm bis zum Talboden.

Der UBV fordert konkret:

■ Abgeltung je ha Kulturland:

- 1 - 30 ha 900,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)
- 31 - 60 ha 700,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)
- 61 - 100 ha 500,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)
- Über 100 ha 200,00 Euro – davon 150,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)

■ **Biobauern:** + 400,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

■ **Tierhalter:** + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
Vorgaben: mindestens 0,5 GVE & max. 2 GVE je ha, Auslaufmöglichkeit bzw. & Laufstall

■ **Tier-Wohl:** + 300,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Für Benachteiligungen bei der Bewirtschaftung gibt es folgende Staffellungen je ha:

- Erschwernis 1 + 100,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Erschwernis 2 + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Erschwernis 3 + 300,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Erschwernis 4 + 500,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

■ **Landschaftselemente:** + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

■ Beim Wald gilt folgende Staffellung:

- 1 - 30 ha 400,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie
- 31 - 60 ha 350,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie
- 61 - 100 ha 300,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie
- Über 100 ha 200,00 Euro – davon 150,00 € als CO₂-Prämie

■ **Für Flächen über 1.000 ha gibt es keine Leistungsabgeltungen mehr, bei der CO₂-Prämie sind jedoch 100,00 Euro angesetzt.**



Beispiel:

Ein Betrieb hat 110 ha. Dann gibt es für die ersten 30 ha 900 Euro, für die zweiten 30 ha 700 Euro und für die 40 ha auf 100 ha gerechnet 500 Euro je ha. Für die 10 ha darüber gibt es jeweils noch 100 Euro.

Dazu gibt es bei jedem Betrieb die Option von Zuschlägen für Bio (bei Biobauern) bzw. generell für Tierhalter sowie für Tierwohl und Landschaftselemente (jeweils ohne Almflächen)!



Wenn wir als Bauern wirtschaftlich eine Zukunft haben wollen, dann muss sich etwas bei den Spielregeln ändern. Egal, ob bei uns im Berggebiet, ob als Bio- oder konventioneller Bauer. Wir stehen aktuell mit den ökonomischen Fakten am Abgrund.

Wir verdienen für die erbrachten Leistungen zu wenig. Man kann es drehen und wenden, wie man will, die bisherigen Agrarpolitiken sind gescheitert. Wir brauchen Alternativen. Die heißt aber nicht MER-COSUR.

Das UBV-Konzept steht für die Notwendigkeiten des Unternehmers Bauer. Es sagt, was es braucht und redet nichts schön. Es will positiv verändern.

LKR Josef Tiefenbacher
 Bundesobmann-Stellvertreter
 Berg- & Rinderbauer
 Niedersill im Pongau

3.3 Die Abgeltung für 1 ha Kulturland mit Obergrenzen hat folgende Ziele

■ Die Bereitstellung von gepflegtem Kulturland ist zu bezahlen. Wird diese Arbeit nicht durch die Land- und Forstwirtschaft erledigt, wird es jemand anderer tun und verrechnen. Die Bauern erbringen diese Leistung besser und günstiger.

■ Die Staffellung schafft einen Sockelbetrag. Das entlohnt Betriebe mit kleinerer Struktur und Betriebe, die stärker ökologisch wirtschaften – z.B. Biobetriebe – besser. Damit soll es möglich werden, dass es auch bei Betrieben mit kleineren Strukturen wieder Hofnachfolger gibt.

Gibt es junge Bauern, gibt es auch weiter gepflegtes Kulturland – von Bauern für die Allgemeinheit geschaffen. Und: Das Zusperrern von Bauernhöfen wird deutlich reduziert bzw. gestoppt.

■ Die Verrechnung der Leistung ist ein normales Rechtsgeschäft. Der Spießrutenlauf um Almosen bzw. der Cannossengang um Geld für die Landwirtschaft sind dann beendet. Die Verrechnung der Kulturlandschaft ist ein zweites ökonomisches Standbein für den Bauernhof.

■ Betriebe, die keine Bauerpensionsbeiträge einzahlen, bekommen keine Abgeltungen. Damit wird der in Europa oft betriebene Missbrauch durch Kapitalgesellschaften abgestellt.

4. Der UBV fordert Spielregeln am Markt bei Lebensmitteln und Holz

„Die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass Tüchtige einen Spielraum haben und es gleichzeitig für die ‚Kleinen‘ einen Schutz und damit Perspektiven gibt.“

Dieses Zitat stammt von **Josef Riegler**, dem "Vater" der Idee der „Ökosozialen Marktwirtschaft“, gesprochen im November 1987 als Landwirtschaftsminister vor 500 Bauern im Arbeiterheim Fohnsdorf. Ein wichtiger Eckpfeiler der Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft sind Spielregeln. Damit sollen Ökonomie, Ökologie und soziale Komponenten zueinander in der Balance sein!



Bei vielen Betrieben brennt der Hut lichterloh. Wir haben größte Sorgen, z.B. betreffend Mai- und Junikäfer. Die fressen unsere Wiesen weg und es gibt noch immer keine praxiserhaltende Lösung zur Behandlung! Im Ackerbau will man uns mit untauglichen Mitteln am Beispiel Pflanzenschutz in den internationalen Wettbewerb schicken. Wir haben Dank Klimawandel eine Mäuseplage und keine Mittel dagegen!

Oder: Man überschwemmt uns mit Holzimporten aus Tschechien, während bei uns die Holzlager vergammeln, weil die Rahmenbedingungen nicht passen. Die Solidarität beschwören verbessert unsere Einkommen nicht. Wir brauchen eine neue Agrarpolitik mit echten, konkreten Spielregeln.

BKR Herbert Hochwallner
Rinder- & Obstbauer, Zimmermeister
Obmann UBV NÖ – Wien – Bgld.

Es gibt keine Branche ohne klare Spielregeln

Beispiele:

■ **LKW-Transporte:** Das EU-Parlament hat 2019 ein neues Regelwerk mit einheitlichen Vorgaben für die LKW-Fahrer beschlossen – zum Schutz der Fahrer und für fairen Wettbewerb in der EU.

■ **OPEC:** Wenn für die Erdöl exportierenden Staaten die Einnahmen zurückgehen, dann trifft man sich in der OPEC, ihrer Dachorganisation. Dort beschließt man dann, wie man den Markt regeln will, damit die Einnahmen passen.

■ **Taxigewerbe:** Mit dem Unternehmen UBER gibt es einen starken Mitbewerber für die

Taxler. UBER ist bis zu 40 % billiger, da man weniger Auflagen hat und mittels Mietwagen transportiert. Nach dem scharfen Protest der Taxler war man in kürzester Zeit imstande, für Mietwagen und Taxis die gleichen Auflagen per Gesetz zu verordnen. So ein Ausgleich an unfairen Spielregeln muss auch bei Lebensmitteln und Holz möglich sein.

■ **Sport:** Der Sport fasziniert weltweit Millionen. Sport ist einer der am stärksten wachsenden Wirtschaftssektoren. Sport hat aber auch weltweit gleiche Regeln. Ohne diese wäre der Sport sofort tot. Genau diese gleichen Spielregeln wollen wir auch für die Land- und Forstwirtschaft bei Lebensmitteln und Holz.

Seit die Landwirtschaft in die Internationalen Handelsabkommen mit eingebunden ist, haben die Bauern mit ihren Produkten bei der Entwicklung der Erzeugerpreise größte Probleme. Die Verträge durch die WTO (World Trade Organization) – früher GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) – haben meistens Ergebnisse auf Kosten der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft bzw. Agrarprodukte sind seither bei jedem internationalem Handelsabkommen das Faustpfand, damit Industrien, wie zum Beispiel die Automobilindustrie klingende Geschäfte machen können. Auf Kosten der Landwirtschaft bereichern sich andere Wirtschaftsbereiche.

Was man der Landwirtschaft in internationalen Handelsabkommen verwehrt, wird in anderen Sparten als Selbstverständnis gelebt. Was für andere gilt, muss daher auch für die Landwirtschaft gelten.



Zum geplanten MERCOSUR-Abkommen: So werden Europas Bauern dem Weltmarkt geopfert!

Die bisher bekannten Fakten rund um das MERCOSUR-Abkommen bedeuten einen Frontalangriff auf Europas Landwirtschaft! Das, was aus den Unterlagen ablesbar ist, bedeutet: Die EU-Landwirtschaft wird an die Wand gefahren.

Die europäische Landwirtschaft ist wieder einmal das Faustpfand für den Export von technischen Erzeugnissen aus der EU, wie z.B. jene aus der Automobil-Industrie. Die geplanten Vereinbarungen wie Verträge mit den MERCOSUR-Staaten gehen daher komplett auf Kosten der Bauern in Europa. Damit die Automobilkonzerne der EU ihre Autos in die MERCOSUR-Staaten liefern dürfen, gibt es als Gegengeschäft den schrankenlosen Import von Lebensmitteln in die EU. Das ist eine Ungerechtigkeit der Sonderklasse!

Die MERCOSUR-Staaten Brasilien, Argentinien oder Uruguay bzw. Paraguay sind in Europa auf den ersten Blick wegen Fußball und Karneval sehr positiv besetzt. Dazu gibt es tolle Strände und atemberaubend schöne Landstriche! Blickt man hinter die Kulissen deren Agrarwirtschaft, wird man mit brutalen Fakten konfrontiert.



Agrar-Großkonzerne und Monsanto diktieren

Agrar-Großkonzerne bestimmen in den MERCOSUR-Staaten die Landwirtschaft und das Agrar-Business. Bauern gibt es kaum. Wenn, dann sind diese Pächter von Land und arbeiten um einen Schandlohn! Dafür dominieren Konzerne wie Monsanto, Monokulturen inklusive Totalherbizide zum Totspritzen aller nicht erwünschten Pflanzen.

Es sind Pestizide und Herbizide erlaubt, die in Europa bzw. in Österreich komplett verboten sind. Dazu sät oder pflanzt man überwiegend gentechnisch verändertes Saatgut bzw. Pflanzmaterial! Zum Drüberstreuen rodet man in Brasilien auf "Teufel komm raus" Urwälder. Wie aus den vorliegenden EU-Unterlagen gut ersichtlich ist, geht es bei möglichen EU-Exporten in die MERCOSUR-Staaten vor allem um Technik und Autos. Die angeblichen "Exporte" von agrarischen Produkten aus der EU in die MERCOSUR-Staaten sind nicht einmal das Papier wert, worauf sie stehen.



Wir lassen uns nicht am Weltmarkt opfern

Der UBV fordert mit dieser Basis den Stopp jeglicher Unterzeichnungen von Verträgen zu MERCOSUR. Das sind keine Verträge auf Augenhöhe mit Spielregeln, die man akzeptieren kann. Das ist ein Vertrag der Schande, wo Europas Bauern verkauft werden – so wie dies auch durch die aktuellen Abkommen mit den USA passiert.

Sollte man diesen Vertragsvorschlag unterzeichnen, dann werden die Bauern ihre Argumente auf der Straße diskutieren müssen! Wir lassen uns nicht auf den Weltmärkten opfern – weder in Österreich, noch in Europa!

MERCOSUR ist eine Lex Automobil-Industrie



"Es kann nicht sein, dass die Landwirtschaft zugunsten der Automobilindustrie geopfert wird!"

DI Johann Marihart

Vorstandsvorsitzender
Agrana Beteiligungs AG

*) Österreichische Raiffeisenzeitung,
Ausgabe 29-30 vom 18. Juli 2019,
Seite 7. Foto: © Agrana

HIER: Keine Spielregeln in der EU für die Land- wirtschaft und den Lebensmittelhandel DORT:

Die USA richten es sich auch bei Agrar- themen, wie sie es gerne hätten!

Es braucht in Österreich und damit in der EU neue Wege mit konkreten Spielregeln in der Agrarpolitik. Was offensichtlich in anderen Ländern selbstverständlich ist, wird bei uns von Wien bis Brüssel als nicht machbar abgetan. Der UBV fordert einen neuen Weg in und für die Agrarpolitik. Der bisherige Weg der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) ist brutal gescheitert. Die Zeche zahlen die land- und forstwirtschaftlichen Familienbetriebe.

Daher fordern wir vom UBV eine Agrarpolitik, welche den Bauern wieder ökonomische Perspektiven gibt, damit sie wirtschaftlich überleben! Diese Forderung ergeht an alle politischen Parteien in Österreich, die im Parlament sitzen sowie insbesondere an die jeweiligen Bundesregierungen!

Was in den USA geht, muss auch in der EU gehen

Das US-Landwirtschaftsministerium USDA bereitete



konkret 2019 die Auszahlung eines 16 Milliarden US-Dollar schweren Hilfspakets für die US-Farmer vor. Damit sollen die negativen Auswirkungen des Handelsstreits mit China sowie jene der feuchten Witterung im Frühjahr 2019, die oft eine Aussaat unmöglich machte, abgefedert werden.

Die USA leben also ungeniert ihre Vorstellungen für die US-Landwirtschaft, während die EU und teilweise die Nationalstaaten in der EU die Bauern am Altar des Welt Handels opfern wollen.

Neue Zölle für US-Waren im Wert von 60 Mrd. USD durch die Regierung in Peking, die als Reaktion auf US-Zölle für chinesische Waren eingeführt wurden, haben nach Jahren niedriger Erzeugerpreise die US-amerikanische Agrarwirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die nachlassende Nachfrage aus China – einer der Hauptabnehmer von US-Agrarexporten – hat sich negativ auf das Einkommen der US-Landwirte niedergeschlagen sowie das Geschäft von Top-Agrarexporturen wie Cargill, Archer Daniels Midland und Bunge Ltd. gestört. Die USA machen und leben also Protektionismus für die großen Agrarkonzerne.

Nach dem Scheitern der

Handelsgespräche zwischen den USA und China Anfang Mai 2019 kündigte die US-Regierung erneut Unterstützung für die Farmer an. Man werde die Landwirte mit den Folgen ungerechtfertigter Vergeltungszölle nicht alleine lassen. Gleichzeitig arbeitet Präsident Donald Trump mit Hochdruck an verbesserten Handelsabkommen rund um den Globus.

Das aktuelle Hilfsprogramm sei auf Basis von Rückmeldungen zum 12 Mrd. USD-Paket aus dem Vorjahr entworfen worden, welches damals eingeführt wurde, nachdem China, Mexiko und Kanada Zölle auf US-Exporte erhoben hatten. Das USDA (US-Agrarministerium) wird das 16 Mrd. US-Dollar-Hilfsprogramm auf Betriebe mit Sojabohnen, Schweine- und Milchviehhaltung sowie Cranberry-Moore und andere landwirtschaftliche Produktionszweige aufteilen. Die Zahlungen werden zwischen 15 und 150 USD pro Acre (1 Acre entspricht 4.047 m²) liegen.

Das geplante Paket kommt zusätzlich zu den 300 Mio. USD, die das USDA zur Förderung des Handels an landwirtschaftliche Gruppen vergeben hat, um neue Exportmärkte für Agrargüter – von Sojabohnen bis hin zu Rosinen – zu erschließen. Das USDA will auch von Vergeltungszöllen betroffene Waren im Wert von mehr als 1,3 Mrd. USD ankaufen und für die Verteilung in Lebensmittelbanken, Schulen und anderen Institutionen zur Unterstützung einkommenschwacher Amerikaner bereitstellen.

Der UBV fordert diese Spielregeln:

4.1 Thema: Produktkennzeichnung und Lebensmittelpreise

Derzeit sind durch den schrankenlosen Warenverkehr dem Betrug bei der Lebensmittelkennzeichnung sowie für eine willkürliche Preisgestaltung Tür und Tor geöffnet.

Der UBV fordert konkret:

■ Stopp des freien Warenverkehrs bei Lebensmitteln sowie strenge Kontrollen.

Der freie Warenverkehr, wie er derzeit umgesetzt wird, funktioniert bei den Lebensmitteln so nicht.

■ **Eine klare, nachvollziehbare Produkt-Herkunft-Kennzeichnung.** Der aktuell praktizierte Etikettenschwindel ist abzustellen. Der Konsument muss auf den ersten Blick erkennen, wo ein Produkt erzeugt und verarbeitet wurde.

■ **Die Verpackung von Lebensmitteln muss wieder durch die Produzenten erfolgen.** Handelsketten fahren heute mit ihrer Verpackung in Europa oder weltweit herum, verpacken unter ihrer Handelsmarke und verkaufen Waren aus dem Ausland. Beworben wird das Produkt aber mit dem Bild der heimischen von Land- und Forstwirten gestalteten Kulturlandschaft. Es wird also vorgegeben, die Waren seien aus Österreich. Daher Ehrlichkeit bei der Pro-

duktkennzeichnung, ansonsten harte Strafen.

Die Kontrolle muss durch die AK, die LK, die AMA und die AGES erfolgen.

■ **Maximal 100 % Preisaufschlag bei Lebensmitteln.** Der Lebensmittelhandel (LEH) darf bei Lebensmitteln maximal 100 % auf den Einkaufspreis aufschlagen. Damit wird dem anonymen Lebensmittelhandel ohne Kontrolle mit Dumping-Einkaufspreisen ein Riegel vorgeschoben.

Beispiel:

Kauft der Lebensmittelhandel billig Lebensmittel im Ausland ein, z.B. Milch um 35 Cent, dann darf er die Milch nur um 70 Cent verkaufen. Damit sind weite Transportwege für billige Lebensmittel wirtschaftlich uninteressant. Zahlt er 60 Cent für die Milch, kann er 1,20 Euro als Verkaufspreis definieren.

Das würde die Erzeuger bei uns generell stärken. Verdient also der Lebensmittelhandel mehr, verdient auch der Produzent mehr. So passt die Gleichung wieder für beide.

4.2 Thema: CO₂-Steuer – Klimaziele

Der unkontrollierte Warenverkehr in der EU und weltweit verzerrt die Preise und schadet dem Klima enorm. Die CO₂-Emissionen steigen auf Kosten der Allgemeinheit.

Die Politik spricht von notwendigen Reduktionen, sie

greift aber kein heißes Haupt-Verursachertema an. Bei den jüngsten Klimakonferenzen in Polen wie in Spanien gab es viele Lippenbekenntnisse, jedoch keine Maßnahmen.

Die Landwirtschaft taucht dafür bei jeder Diskussion um Klimaprobleme als ein angeblicher Haupt-Mitverursacher auf! Und ihre Vertretung schweigt.

Wir wollen das mit konkreten Vorgaben ändern. Damit schaffen wir einen echten Beitrag für ein besseres Klima und neue Perspektiven für die gesamte europäische Landwirtschaft.



Ein Markt ohne Spielregeln ist russisches Roulette. Der schrankenlose Transit von Lebensmitteln quer durch Europa und die Weltmeere raubt uns die Einkommen.

Wir gehen ohne entsprechenden Rahmenbedingungen auf den Märkten unter. Das Problem beginnt in der EU. 10 % der Betriebe kassieren 60 % der Förderungen, 40 % bleiben für den Rest. 90 %, also die meisten von uns schauen schweigend zu.

Das trifft den Lebensmittelhandel, der ohne Kontrolle irgendwo einkauft und dann mit der durch uns gestalteten Landschaft für die nicht kontrollierte Importware Werbung macht. Was sind das für Spielregeln auf unsere Kosten?

LKR Johann Herbst
Obstbauer & Unternehmer
Vizepräsident UBV Österreich

Der UBV fordert konkret:

■ Besteuerung von Schiffs- und Flugzeugtransporten.

Wer Klimaschutz ernst nimmt, muss hier eingreifen. Alles andere ist eine verlogene Diskussion.

Mit einer CO₂-Abgabe hört der Unsinn der schrankenlosen Transporte von Lebensmitteln quer über Kontinente und Weltmeere auf. Gleichzeitig steigt der Wert der regionalen Produktion, es werden regionale Jobs gesichert und es steigt die regionale Wertschöpfung.

■ Reduktion der Sojaimporte nach Europa in 5 Jahren um mindestens 30 %.

Die Differenz soll in Europa erzeugt werden. Damit löst man zwei Probleme mit einem Schlag:

Erstens werden andere Ackerpflanzen bzw. Kulturen in Europa ökonomisch wieder interessanter, weil es Flächen für den Anbau von Soja braucht.

Zweitens reduzieren wir massiv den CO₂-Ausstoß.



Wer den Ausstoß von CO₂ eindämmen will, der muss die internationalen Transporte besteuern. Derzeit sind Fliegen (Kerosin) und die Schiffstransporte nicht besteuert. Diese Wettbewerbsverzerrung ist sofort zu ändern.

■ Verbot des Importes von Produkten nach Europa, wofür Urwälder gerodet werden.

Das gilt vor allem für Soja und Palmöl sowie Kokosfett oder -öl. Dazu muss ein Stopp des Rodens von Urwäldern erfolgen. Dies ist eines der wichtigsten Beispiele, wie man einen wertvollen wie sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz zum Nutzen aller leisten kann.

4.3 Thema: Die neue Pauschalierungsverordnung

Höhere Steuern zahlt man

nur, wenn man Geld verdient. Für die Land- und Forstwirtschaft scheint diese Regel nicht zu gelten. Mehr Steuern bei weniger Ertrag gibt es nur bei den Bauern. Wenn das Geld für Kammern oder Sozialversicherungen nicht reicht, kann man nicht bei den Bauern mehr abkassieren, obwohl die Einkommen sinken. Da stimmt das System nicht. Ein konkretes Beispiel, dass wir eine neue Agrarpolitik brauchen.

Die neue Pauschalierungsverordnung ist daher sofort zu reparieren.



Grünen-Chef

Werner KOGLER:

Österreich drohen Klima-Strafen bis zu 10 Mrd. Euro. Denn Österreich sei beim Erreichen der Ziele ein "klimapolitischer Schurkenstaat". Es drohen Strafzahlungen bis zu knapp zehn Milliarden Euro.

Quelle: "Salzburger Nachrichten" vom 8. April 2019



Ex-Umweltministerin

Elisabeth KÖSTINGER:

Köstinger gibt zu: Verfehlte Klimaziele kosten der Republik Österreich Milliarden! Sie rechnet mit Strafzahlungen oder den Zukauf von CO₂-Zertifikaten in Höhe von 1,3 bis 6,6 Milliarden Euro ab dem Jahr 2021.

Quelle: "Die Presse" vom 2. Mai 2019



UBV-Präsident

Karl KEPLINGER:

Der UBV fordert für die Fit-Erhaltung von land- und forstwirtschaftlichen Böden und die damit verbundene CO₂-Speicherung eine CO₂-Leistungsprämie von 200 Euro je Hektar. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein Klimaretter. Wer Geld für Strafzahlungen hat, wird dies auch für die Leistungsabgeltung haben müssen!

4.4 Thema: Agrar-Diesel

Wir zahlen Straßenerhaltungssteuern, obwohl wir unsere Maschinen zu zwei Drittel nur auf unseren Flächen bewegen! Der „Agrardiesel“ wurde bei einer Regierungsklausur willkürlich abgeschafft. Was in anderen EU-Staaten geht, muss auch hier möglich sein.

Daher ist der „Agrardiesel“ sofort wieder einzuführen.

4.5 Thema: Grundverkehr

Wir brauchen Vorrangflächen für die Erzeugung von Lebensmitteln. Derzeit haben alle anderen Nutzungsformen Vorrang.

Wenn Flächen zu Industriegrund oder zu Baugrund umgewidmet werden, sind

jene, die nicht verkaufen, die Dummen. Man muss daher diese Bauern schützen.

Der UBV fordert konkret:

Eine finanzielle Abgeltung für jene Bauern, denen durch eine nicht mehr landwirtschaftliche Nutzung von verkauften angrenzenden Flächen Erschwernisse entstehen – durch den Verkäufer oder den Käufer.

Die Größenordnung sollte z.B. bei 30,00 Euro je m² liegen, gemessen wird das an der Größe der verkauften Fläche.

4.6. Thema: Vertragslandwirtschaft

Wenn die Landwirtschaft per Gesetz durch andere Nut-

zungen einen Nachteil hat, braucht es einen finanziellen Ausgleich.

Der UBV fordert konkret:

Ertragsminderungen durch z.B. eine eingeschränkte reduzierte Düngung am Beispiel der Düngerverordnung in der Steiermark sind finanziell durch einen Vertrag mit z.B. 1.000,00 Euro je ha abzugelten.

Das gilt auch bei anderen Begehrlichkeiten wie NATURA 2000 oder ähnliche Themen.

Es sind immer Verträge mit einer entgeltlichen Abgeltung für die Erschwernisse abzuschließen, wodurch damit verbundene Mindererträge kompensiert werden.

Landwirtschaftsgesetz

Auszug aus der gesamten Rechtsvorschrift für das Landwirtschaftsgesetz 1992, Fassung vom 31.07.2019

Ziele

§ 1. Ziel der Agrarpolitik und dieses Bundesgesetzes ist es, unter Bedachtnahme auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP):

1. eine wirtschaftlich gesunde, leistungsfähige, bäuerliche Land- und Forstwirtschaft in einem funktionsfähigen ländlichen Raum zu erhalten, wobei auf die soziale Orientierung, die ökologische Verträglichkeit und die regionale Ausgewogenheit unter besonderer Berücksichtigung der Berggebiete und sonstigen benachteiligten Gebiete Bedacht zu nehmen ist,
2. die vielfältigen Erwerbs- und Beschäftigungskombinationen zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen auszubauen,
3. die agrarische Produktion, Verarbeitung und Vermarktung marktorientiert auszurichten,
4. die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, insbesondere durch strukturelle Maßnahmen zu erhöhen, dabei ist auf eine leistungsfähige, umweltschonende, sozialorientierte, bäuerliche Landwirtschaft besonders Bedacht zu nehmen,
5. den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen die Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen und
6. die Landwirtschaft unter Bedachtnahme auf die Gesamtwirtschaft und die Interessen der Verbraucher zu fördern, damit sie imstande ist,
 - a) naturbedingte Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftszweigen auszugleichen,
 - b) der Bevölkerung die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und Rohstoffen zu sichern,
 - c) sich den Änderungen der volkswirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen und
 - d) die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft nachhaltig zu sichern, die Kultur- und Erholungslandschaft zu erhalten und zu gestalten sowie den Schutz vor Naturgefahren zu unterstützen und
7. für die Land- und Forstwirtschaft EU-Kofinanzierungsmöglichkeiten umfassend auszuschöpfen.

5. Der Klima-Notstand und die Rolle der Bauern

In der Frage "Klimaveränderung und die Konsequenzen auf die Erzeugung von Lebensmitteln" herrscht der Eindruck, Politik und Konsumenten gaukeln sich eine heile Welt vor. Das kann man natürlich tun. Schließlich gibt es in unseren Breiten Milch, Fleisch, Obst oder Brot in Hülle und Fülle im Lebensmittelgeschäft!

In der Meinung vieler scheint auch zu gelten: Die Lebensmittel kommen aus dem Lebensmittelgeschäft. Die harte Arbeit tausender Menschen in der Land- und Forstwirtschaft für diesen reichen Gabentisch dürfte vielen Bürgern – also Konsumenten – nicht mehr bewusst sein. Die Land- und Forstwirtschaft wird meist nur mehr als Empfänger von Fördergeld dargestellt und zudem gleichzeitig mit Auflagen ohne Ende zu Boden gedrückt. Warum ist das so?

Weltweit wirft man 1,3 Milliarden Tonnen weg

Parallel zum Überfluss in den Geschäften werden gleichzeitig weltweit rund 1,3 Milliarden

den Tonnen an Lebensmitteln im Jahr weggeworfen bzw. gehen zum Teil vom Acker bis zum Tisch verloren. Das ist rund ein Drittel aller weltweit produzierten Lebensmittel.

Industrieländer und Entwicklungsländer unterscheiden sich in der Summe der Verluste an Lebensmitteln nicht wesentlich. Sie liegen jeweils bei 670 bzw. bei 630 Millionen Tonnen.

Für Europa schätzen die Autoren einer FAO-Studie einen jährlichen Pro-Kopf-Verlust über die gesamte Wertschöpfungskette von 280 bis 300 Kilogramm. Europäerinnen und Europäer sowie Nordamerikanerinnen und Nordamerikaner werfen zwischen 95 und 115 Kilogramm Essen

im Jahr pro Haushalt weg. Vor allem Obst und Gemüse, obwohl ein Großteil noch genießbar wäre. Hinzu kommen Berge von Lebensmitteln, die der Lebensmittel-Einzelhandel aussortiert.

Österreich: 160.000 Tonnen Lebensmittel landen im Müll

Österreichische Haushalte werfen bis zu 160.000 Tonnen an angebrochenen und original verpackten Lebensmitteln weg, obwohl diese bei rechtzeitigem Konsum genießbar gewesen wären.

In Wien werfen z.B. Bürger im Durchschnitt jährlich 40 kg an essbaren Lebensmitteln weg.

Warum ist das so?



Keine Ahnung von Ackerbau, Viehzucht – von Landwirtschaft

Viele Argumente, Aussagen sowie Reaktionen von Konsumenten die Landwirtschaft betreffend zeigen: Sie haben keine Ahnung von Ackerbau oder von Tieren. Sie wissen nicht, was auf den Äckern oder den Wiesen passiert bzw. was beim Melken beispielsweise im Stall konkret gemacht wird. Daher haben Konsumenten praktisch vielfach kein Wissen, was wirklich an Aufwand und an Mühe dahinter steckt, um gute wie gesunde Lebensmittel zu erzeugen! In der Schule lernt man dazu praktisch nichts bzw. bekommt man maximal ideologisch geprägte Informationen serviert. Warum ist das so? Warum wird dieses zentrale Thema so gering wertgeschätzt?

Die Bauern erzeugen Lebensmittel für Menschen

Lebensmittel werden erzeugt, damit die Menschen etwas zu essen haben. So wie andere Produkte erzeugt werden, weil sie am Markt nachgefragt werden, ist das auch bei Lebensmitteln so.

Angesichts der aktuellen Diskussionen über die Verursacher des Klimawandels ist es ein Treppwitz, wenn Wissenschaftler und Experten unwidersprochen den Eindruck erwecken: „Die Bauern, die Land- und Forstwirtschaft, seien mit die Hauptschuldigen am Klimawandel!“ Und zu viele Medien schreiben diesen "Käse" zudem noch unreflektiert.

Mit heimischen Lebensmitteln Transportkilometer sparen

Ausland	Inland
Fleisch aus Brasilien 10.000 km	Fleisch aus Österreich 100 km
Äpfel aus Südafrika 9.000 km	Äpfel aus Österreich 100 km
Pfirsiche aus Spanien 2.000 km	Pfirsiche aus Österreich 50 km
Butter aus Irland 2.000 km	Butter aus Österreich 50 km
Wein aus Frankreich 1.000 km	Wein aus Österreich 150 km
Gesamt: 24.000 km	Gesamt: 450 km



Warum sind die Bauern am Klimawandel nicht schuld?

Die Bauern erzeugen Produkte, welche für die Ernährung von Bürgern nachgefragt sind. Aus diesem Grund bestellen die Bauern die Felder, mähen sie die Wiesen, melken sie die Kühe, ernten das Getreide, die Erdäpfel oder Gemüse sowie Obst. Und decken damit den Tisch mit Lebensmitteln – für jeden von uns.

Daher ist der Vorwurf, die Bauern seien für den Klimawandel verantwortlich, nicht gerechtfertigt.

Eine negative Beeinflussung des Klimas hat mit dem Konsumverhalten der Bürger zu tun. Oder damit, dass der Lebensmittelhandel aus allen Regionen dieser Welt Waren ins Geschäft stellt. Und nicht damit, dass die Bauern in den heimischen Regionen auf ihren Feldern die Saat ausbringen, die Tiere auf die Almen treiben oder im Weingarten nach dem Rechten sehen.



Im Landwirtschaftsgesetz steht konkret unter anderem: „Den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen ist die Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen.“

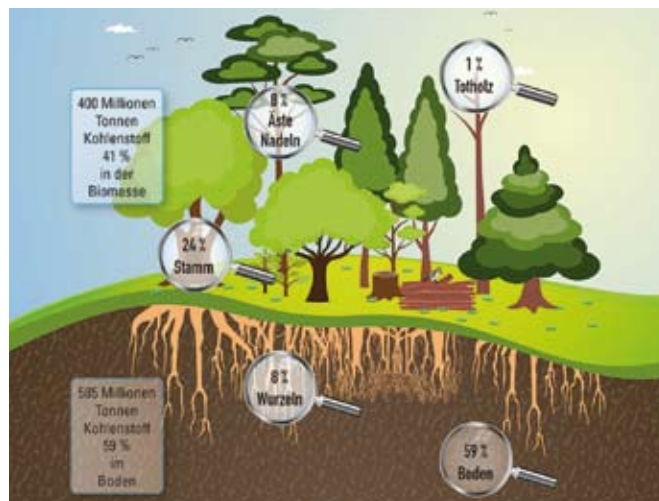
Weiters sind alle Eckpunkte festgeschrieben, welche die Politik umsetzen müsste, damit die Bauern die Ernährungssouveränität des Landes absichern können. Und, damit sie an der Wohlstandsentwicklung teilhaben können.

Die Realität sieht aber anders aus. Wegen fehlender Spielregeln und ruinierender Auflagen stehen die Bauern wirtschaftlich vor dem Kollaps. Daher braucht es neue Wege für die Agrarpolitik – ohne Wenn und Aber! Dafür kämpfen wir vom UBV.

LKR Johann Großpötzl
Rinder- & Milchbauer
UBV Oberösterreich



In immer mehr Flüssen überwiegen bei uns die Steine und der Schotter. Es fehlt der Regen und damit das Wasser in den Flüssen, Bächen wie im Boden.



Österreichs Wald speichert auf einer Fläche von 4 Mio. Hektar (47,6 % der Fläche Österreichs) ca. 985 Mio. Tonnen Kohlenstoff in der Biomasse und im Boden.

Handel und Konsument entscheiden

Der Lebensmittelhandel stellt jene Produkte ins Regal, bei denen er sich den höchsten Gewinn erwartet. Diese Produkte versucht er dem Kunden mit Werbung meist über den Preis schmackhaft zu machen. Der Kunde – der Konsument – entscheidet, was er einkauft. Aus der Sicht des Handels geht es um Gewinnmaximierung. Der Kunde will beim Einkauf Spaß und billig einkaufen. Deshalb passieren Dinge, die aus der Sicht der heimischen Land- und Forstwirtschaft nicht mehr nachvollziehbar sind.

Keine Spielregeln

Möglich werden diese „kranken“ Entwicklungen, weil es keine Spielregeln gibt.

Beispiele:

Warum stellt man Äpfel aus Südafrika, Neuseeland, Argentinien oder Chile ins Regal? Dafür landen die Äpfel aus der heimischen Produktion auf dem Müll? Warum überschwemmt man unsere Märkte mit Rindfleisch aus

Südamerika oder den USA, welches zudem mittels Hormoneinsatz (Hormonchips) erzeugt wurde? Gleichzeitig brechen die Preise für unsere Bauern zusammen. Warum werden bei uns jährlich tausende Tonnen an gentechnisch verändertem Getreide oder Soja serviert bzw. über tausende Kilometer importiert?

Warum ist es so attraktiv, diese Produkte aus der Sicht des Lebensmittelhandels ins Regal zu stellen und warum ist es so reizvoll aus der Sicht des Konsumenten, diese zu kaufen? Was ist so verlockend daran, Produkte aus aller Herren Länder, die wenig bis keine vergleichbaren Auflagen – kein Verbot beim Pflanzenschutz, bei Kinderarbeit oder beim Hormoneinsatz – haben, zu kaufen? Dafür werden hier die Bauern praktisch wöchentlich mit neuen praxisfremden Vorschriften terrorisiert!

Warum akzeptieren Politik und Konsumenten wie Lebensmittelhandel den Transport über tausende Kilometer mit allen negativen Einflüssen

auf das Klima? Warum stört es nicht, dass tausende Hektar an Regenwald niedergebrannt werden? Warum stört es nicht, dass man mit riesigen Container-Schiffen – den größten Dreckschleudern mit dem schlechtesten Diesel angetrieben – tausende Tonnen an Lebensmitteln quer über den Globus transportiert? Dass diese Transporte nicht besteuert sind? Dass man so das Klima verpestet?

Warum akzeptiert man, dass man z.B. Hühner in Käfigen mit bedenklichem Futter – mit Antibiotika versetzt – füttert und hier billig verscherbelt? Weil man billig essen und trinken will?

Fairness-Katalog der Verhöhnung

Die „Signale“ von Politik und Lebensmittelhandel (LEH) sind ein Hohn. Im Oktober 2018 feierte man groß einen „Fairness-Katalog“ zwischen LEH und Agrar-Ministerium. Die gelebte Praxis sieht so aus: Während der heimischen Ernte (!) stellt der LEH Tonnen an ausländischem

Obst oder Gemüse ins Regal. Den Kunden macht man vor, dass man regionales, CO₂-neutrales Obst und Gemüse im Geschäft habe. Gleichzeitig werden in Europas Häfen riesige Mengen an Äpfeln, sonstigem Obst und Gemüse von Asien bis Südamerika entladen und quer durch Europa transportiert.

Ein anderes Beispiel des Handelswahnsinns: Man karrt Holz aus allen Regionen der Welt ins Land – als ob wir keine Wälder hätten. Die dabei importierten Schädlinge stören niemanden. Dafür verfault das bei uns gelagerte Holz, weil täglich hunderte LKW's mit Holz aus dem Ausland zu den Verarbeitungsbetrieben fahren.

Klima/CO₂-Bewusstsein? Fehlanzeige! Ein Hohn, wohin man schaut! Warum schaut die Politik schweigend zu, wie man tausende Existenzen hier gefährdet? Warum ist man bereit, die heimischen Bauern am Weltmarkt zu opfern?

Der UBV fordert eine klare Produktkennzeichnung und den Stopp des schrankenlosen, unkontrollierten Warenverkehrs bei Lebensmitteln und Holz!

Aus der Sicht des UBV haben wir einen Klima-Notstand und sehr bald einen Lebensmittel-Versorgungsnotstand

Die zentrale Frage für die Erzeugung von Lebensmitteln ist für die Bauern die Verfügbarkeit von Boden und Wasser. Die aktuelle Entwicklung hat zur konkreten Konsequenz: Wir müssen den Klima-Notstand jetzt ausrufen! Es fehlt immer öfter das Wasser in unseren Böden. Egal, welche Ursachen es gibt oder wer die Verursacher sind: Der Boden konfrontiert uns dramatisch mit dem Umstand, dass das Wasser fehlt! Das ist für jeden Bürger verständlich. Wo wir seit Jahrzehnten gewohnt sind, dass uns die Flüsse und Bäche mit frischem

Wasser erfreuen, müssen wir feststellen, dass diese zunehmend nicht nur im Sommer, sondern das ganze Jahr hindurch ausgetrocknet sind. **Wir haben aktuell in keinem einzigen Bundesland ein Wassermanagement, das klar definiert, wie man der Landwirtschaft für die Erzeugung von Lebensmitteln ausreichend Wasser zur Verfügung stellen kann.**

Dafür werden aber Agrarflächen als Natura 2000-Flächen oder als „Wasserschongebiete“ ohne finanzielle Abgeltung ausgewiesen. Allein am Beispiel in der Südsteiermark sind dies 30.000 Hektar. Mögen aufgestaute Flüsse und Seen da oder dort noch den Zustand von einem Wasserwohlstand erwecken. Fakt ist, dass wir in vielen Gewässern seit Jahrzehnten noch nie so wenig Wasser wie 2019 hatten. Damit haben wir kaum Wasserreserven oder Ressourcen in den Böden!

Womit soll man/will man dann Lebensmittel erzeugen? Es ist offensichtlich, dass der heimischen Landwirtschaft das Wasser und damit neben den Böden das wichtigste Produktionsmittel ausgeht.

Aus der Sicht des UBV ist daher sofort der Klima-Notstand auszurufen.

Wir brauchen jetzt Antworten, wie z.B. ein ernst zu nehmendes Wassermanagement, in dem deutlich die Notwendigkeiten der Land- und Forstwirtschaft gesichert werden. Wir wollen die regionale Erzeugung von Lebensmitteln sichern und verteidigen. Das ist klimaschonend. Dazu brauchen wir Spielregeln und Rahmenbedingungen.



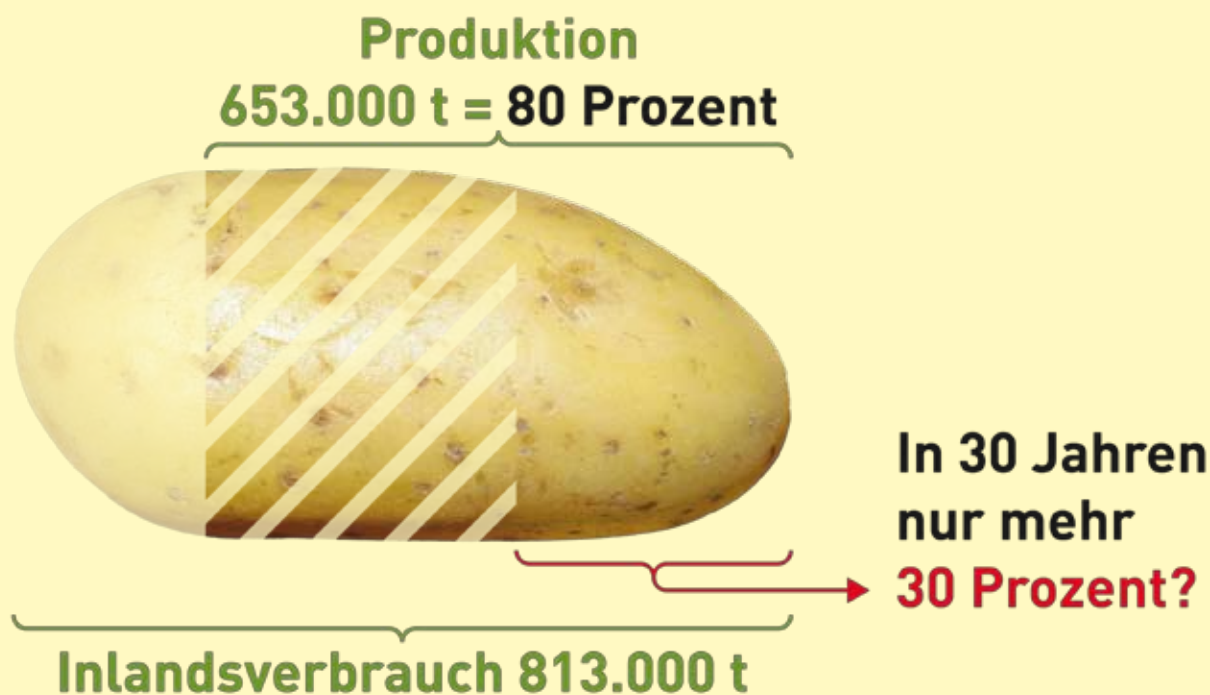
AMA-Gütesiegel als Beschaffungsvorgabe

Der UBV fordert bei der Beschaffung von Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen die verpflichtende Vorgabe, nur Lebensmittel mit dem AMA-Gütesiegel einzukaufen. Konkret bei Fleisch, Milch, Getreide (Brot usw.), Obst und Gemüse für z.B. Krankenanstalten, Alten- und Pflegeeinrichtungen, Kasernen usw. Also in all jenen Institutionen, wo mit unserem Steuergeld vom Bau bis zum Personal alles bezahlt wird!



Produkt-Herkunft-Kennzeichnung Bei Missachtung harte Strafen

Der UBV fordert eine verpflichtende unmissverständliche Produkt-Herkunft-Kennzeichnung bei Lebensmitteln im Lebensmittelhandel und in der Gastronomie sowie beim Holz. Dem derzeit betriebenen Etikettenschwindel muss ein Ende gesetzt werden! Bei Nichtumsetzung braucht es harte Strafen wie im Straßenverkehr! Die Kontrollen sollen durch die Landwirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, die AGES und die AMA erfolgen.



Quelle: Statistik Austria, Versorgungsbilanz 2017/2018; BEAT-Modellberechnung

Die Österreichische
Hagelversicherung

Österreich wird sich bald nicht mehr selbstständig ernähren können

Laut einer AGES-Studie werden in den nächsten Jahrzehnten die Hauptanbauggebiete durch Klimawandel und Bodenverbrauch bis zu 50 Prozent der Produktion einbüßen.

„Der Klimawandel bringt Missernten bzw. mangelnden Ertrag mit sich und erhöht die Wahrscheinlichkeit von Massenmigration und globaler Instabilität. Gleichzeitig kommt es durch den Bodenverbrauch zu einem Verlust der Produktionsgrundlage. Daher muss es das oberste nationale Ziel sein, den Klimawandel zu bremsen, die Lebensgrundlage Boden zu erhalten und nicht durch Verbauung zu zerstören. Andernfalls gefährden wir

massiv die Selbstversorgung Österreichs. Hier herrscht jedenfalls Handlungsbedarf!“, so der eingehende Appell vom Generalsekretär der Landwirtschaftskammer Österreich, DI Ferdinand Lembacher, dem Autor der AGES-Studie „Bodenbedarf für die Ernährungssicherung in Österreich“, Dr. Andreas Baumgarten, und dem Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Hagelversicherung, Dr. Kurt Weinberger.

Studie bestätigt Klimanotstand

Aus der Sicht des UBV besteht bereits jetzt ein Klimanotstand. Die im Rahmen eines Pressegespräches vorgestellte Studie (im Auftrag des BMNT) ist in Österreich im Extremfall mit einem durchschnittlichen Temperaturanstieg von bis zu 6°C bis zum Jahr 2080 zu rechnen. Das führt auch zu einer Verschiebung der Regenmenge, worunter vor allem der Osten

Österreichs zu leiden haben wird. Die damit einhergehende Konsequenz wird eine teils deutliche Unterversorgung bei fast allen landwirtschaftlichen Kulturen sein.

Das ist den österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten gar nicht bewusst, weil die Regale voll sind (und durch die weltweite Produktion und den Import bleiben werden), auch wenn immer weniger in Österreich produziert wird.

Es ist mit Ertragseinbußen bis zu 50% z.B. im Marchfeld - einer Kornkammer Österreichs zu rechnen, so Studienautor Andreas Baumgarten.

Jetzt Maßnahmen für die Sicherung der Lebensmittelerzeugung

Generalsekretär Lembacher fordert von der neuen Bundesregierung daher jetzt Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelpro-



Fordern Schutz von Agrarflächen zur Lebensmittelproduktion (v.l.n.r.): ÖHV-Vorstandsvorsitzender Dr. Kurt Weinberger, AGES-Studienautor Dr. Andreas Baumgarten und LKÖ-Generalsekretär Dipl.-Ing. Ferdinand Lembacher.

duktion in Österreich. Die Klimaverschlechterung und der noch immer viel zu hohe Bodenverbrauch bedrohen unmittelbar unsere heimische Lebensmittelversorgung. Das sei ein massiver Raubbau auf Kosten der kommenden Generationen.

Es macht Österreich abhängig von klimaschädlichen Importen oftmals minderwertiger Lebensmittel und

vernichtet Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Daher müsse Österreich beim Bodenverbrauch schleunigst auf die Bremse steigen und Klimaschutzmaßnahmen setzen, betont Lembacher.

Der Generalsekretär der LKÖ Österreich greift damit eine Forderung des UBV nach dem Schutz von Vorrangflächen für die Erzeugung von Lebensmitteln auf.

Kurt Weinberger sagt: "Die Landwirtschaft ist Opfer des Klimawandels"

Kurt Weinberger bringt die Situation der Land- und Forstwirtschaft ungeschminkt auf den Punkt: "Die Landwirtschaft ist Opfer des Klimawandels."

Der Chef des Naturkatastrophenversicherers sieht jährlich das Ergebnis der steigenden Unwetterextreme mit all ihren harten Folgen für die Betriebe wie auch den volkswirtschaftlichen Schaden. Weinberger, der seit vielen Jahren gegen die Verschwendung der Ressource Boden engagiert auftritt, fordert einen Schutz der Böden und damit des Fundaments für die Erzeugung von Lebensmitteln im Land. Anders als andere Branchen kann die Land- und Forstwirtschaft sehr viel CO₂ in den Böden binden. Doch

anstelle den Boden zu schützen, verbaute man z.B. im Straßenbau 20 ha im Schnitt in den letzten 10 Jahren. Gleichzeitig steigt die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre.

Die Hitzetage nehmen extrem zu. Tag für Tag geht wertvollster Wasserspeicher verloren, die Schäden durch Überschwemmung steigen. Durch die Verbauung von besten Böden nimmt der Selbstversorgungsgrad ab, dafür steigen die klimaschädlichen Importe. Weinberger regt an, die brach liegenden Industrieflächen (40.000 ha) wieder zu nutzen, anstatt auf die grüne Wiese zu bauen. Dazu sei auch eine Änderung der Raumplanung und des Finanzausgleiches dringend erforderlich.

6. Stromerzeuger-Genossenschaften für neue Einkommensperspektive

Große Zukunftsaufgaben sind die Erhaltung eines erträglichen Klimas und die Unabhängigkeit bei Energie. Beide Fragen kann die Landwirtschaft mit lösen.



Die Land- und Forstwirte können als Energiewirte bei allen wichtigen Energieträgern reüssieren. Dies gilt bei pflanzlichen Systemen, bei Wasserkraft, bei Windrädern oder bei der Photovoltaik.

Seit jeher sind die Landwirte auch Energiewirte. Denn egal ob für die tierische oder die menschliche Ernährung – die erzeugten Nahrungsmittel

liefern die Energie für Leben. Daher ist es angesichts der anstehenden Herausforderungen ein Gebot der Stunde, dass die Land- und Forstwirte

wieder auch den Job als Energiewirte aufgreifen – konkret für die Stromerzeugung.

Es gab in der Vergangenheit schon viele Initiativen in diese Richtung. Sie hatten aber alle ein Grundproblem – die ausreichende Effizienz und damit die Wirtschaftlichkeit. Diese ist den großen Konzernen vorbehalten. Das wollen wir ändern.

Fakten zum Thema Energieimporte

- Aktuell bewirtschaften 160.000 Betriebe rund 2,7 Mio. ha landwirtschaftliche und rund 3,3 Mio. ha forstwirtschaftlich genutzte Flächen.
- Wenn nur ein Viertel dieser Betriebe Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen würden, wären dies 40.000 neue heimische Energieerzeuger.
- Das schafft tausende zusätzliche neue Jobs in den Regionen und bietet tausenden Bauern eine neue Einkommensquelle.

Land- und Forstwirt als Energiewirte

- Derzeit importiert Österreich Energie – meist aus fossilen Herkünften um rund 15 Milliarden Euro. Würde man den Import um 10 % drosseln und das ersparte Geld umlenken, wären jährlich rund 1,5 Milliarden Euro zum Investieren vorhanden. Das sind wieder rund 30.000 neue Jobs.

Der UBV fordert daher die rascheste rechtliche Umsetzung für die Bildung von Stromerzeuger-Genossenschaften in Österreich. Zum Nutzen tausender Bürger – betreff Einkommenschancen und als wesentlichen Beitrag zur Unabhängigkeit bei der Energieversorgung sowie als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Stromerzeuger-Genossenschaft

Es fehlt derzeit noch in Österreich der rechtliche Rahmen, damit man mit kleinen Energie-Erzeugereinheiten effizient wirtschaften kann.

Auf EU Ebene wurde dies bereits mit der RICHTLINIE (EU) 2018/2001 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom

11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen positiv erledigt.

Jetzt sollte raschest in Österreich durch das Parlament der Weg für Stromerzeuger - Genossenschaften frei gemacht werden.

Diese müssen dann auch die Möglichkeit haben, direkt an den Kunden zu verkaufen. Dann passen die Preise und die Effizienz.



Bis 2030 soll gesamter Strom aus erneuerbarer Energie kommen

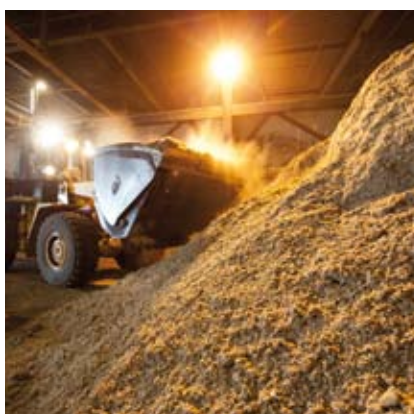
Die inzwischen abgelöste Bundesregierung hatte zum Ziel, bis 2030 den gesamten Strom aus erneuerbarer Energie zu gewinnen. Für Land- und Forstwirte ist daher genug Potential vorhanden, um einen wertvollen Beitrag als Energiewirte zu leisten.

Es gibt eine Reihe von Technologien, um Strom aus erneuerbaren Energieträgern zu erzeugen.

In Österreich wird vor allem Strom aus **Wasserkraft, Windkraft, Biomasse, Solarenergie** oder aus **Ablauge der Papier- und Zellstoffproduktion** erzeugt und angeboten.

Grundsätzlich ist jede Form der Stromerzeugung mit verschiedenen nachteiligen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt verbunden – zum Beispiel mit Emissionen von Luftschadstoffen und Treibhausgasen, festen und flüssigen Abfällen, Radioaktivität, Flächenverbrauch, Verringerung der Artenvielfalt etc.

Ein wesentlicher Vorteil von Strom aus erneuerbaren Energieträgern ist, dass mit dessen Erzeugung **keine bzw. so gut wie keine Treibhausgasemissionen verbunden** sind. Weiters verringert sich die Importabhängigkeit und verbessert sich die Versorgungssicherheit.



Der verstärkte Einsatz von erneuerbaren Energieträgern wirkt sich auch positiv auf Wertschöpfung und Beschäftigung in Österreich aus. Das ist damit auch eine interessante neue Perspektive für die Land- und Forstwirte als Energiewirte.

Generell ist aber wichtig, dass es eine Kostenwahrheit gibt! Wenn man verantwortungslos Milliarden Euro an Steuergeld z.B. in die Atomenergie pumpt und dazu nicht einmal eine Lösung für die Endlagerung hat – wer zahlt diese Kosten? Dann ist jede Unterstützung für die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern die einzige richtige Lösung!

7. Kosten-Nutzen-Darstellung: Was kostet es – was bringt es?

Im Zusammenhang mit den Überlegungen zu einer völlig neu auszurichtenden GAP und den vom UBV Österreich konkret vorgeschlagenen Maßnahmen definiert der UBV die Parameter Aufwand/Kosten und den damit zusammenhängenden volkswirtschaftlichen Nutzen wie folgt:

Was kostet das Modell – Leistungszahlung der Bereitstellung für 1 ha Kulturland?

- Auf der Basis der Agrarstruktur-Erhebung aus 2015 reden wir von rund 2,7 Mio. ha landwirtschaftlich genutzten Flächen. Umgerechnet mit 900,00 Euro Basis-Leistungsabgeltung reden wir von **rund 2,5 Mrd. Euro für diese Basisabgeltung.**
- Dazu sind auch noch die forstlichen Flächen hinzuzurechnen. Die Waldfläche in Österreich ist seit den 60er-Jahren um 300.000 ha größer geworden und beläuft sich derzeit auf 3,99 Millionen ha. Rund 82 % der Waldfläche teilen sich ca. 145.000 Eigentümer (Agrarstrukturerhebung 2010). 82 % der gesamten Waldfläche (= 3,28 Mio. ha) mit 200,00 Euro kalkuliert **bedeutet rund 656 Mio. Euro im Jahr für den Wald als Leistungsabgeltung.**
- Wenn man davon ausgeht, dass man 2-3 Mal mehr an Einkommen für die Land- und Forstwirtschaft braucht – unternehmerisch gerechnet und nicht emotional schön geredet – dann gehen wir davon aus, dass die gesamten **Mehrkosten bei 3–5 Mrd. Euro im Jahr liegen.**

Wichtige volkswirtschaftliche Kennzahlen zu den notwendigen Verrechnungen:

- Derzeit sind noch ca. 400.000 Menschen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, davon rund 344.000 Familienmitglieder.¹



- Wäre das nur 1 Unternehmen, dann wäre dies ein Großkonzern.

Der volkswirtschaftliche Nutzen: Jährlich bis zu 8 Milliarden Investitionen

- Derzeit (Aussage von Bauernbund-Präsident Georg Strasser bei der Wintertagung 2019) investiert die **Land- und Forstwirtschaft im Jahr rund 4 Mrd. Euro.**
- Umgelegt auf das Modell des UBV kann man davon ausgehen, dass die Land- und Forstwirtschaft bei dementsprechend ökonomisch richtigen Einkünften – kein Unternehmer macht das, was die Bauern derzeit tun, nämlich von der Substanz leben – **rund 8 Mrd. Euro oder mehr jährlich in die heimische Wirtschaft investieren.**

1) Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Agrarstrukturerhebungen.
Erstellt am 07.02.2018. – Rundungsdifferenzen technisch bedingt.



Die Forderungen an die Bauern und deren Erzeugnisse steigen täglich. Parallel dazu sinken die Erträge wie Einnahmen. Dieser Trend muss gedreht werden. Wie am Beispiel Natura 2000. Es kann nicht sein, dass wir mehr Kosten und weniger Ertrag haben, weil man irgendwo meint, es muss so sein. Wenn uns die öffentliche Hand mit Gesetzen Erschwernisse auferlegt, dann braucht es eine Abgeltung in Form einer Vertragslandwirtschaft. Es geht nicht an, dass wir hier Erschwernisse durch Auflagen unentgeltlich erfüllen sollen und gleichzeitig ohne Spielregeln in den internationalen Wettbewerb geschickt werden. Das lehnen wir entschieden ab.

LKR Hannes Winklehner
 Bundeskassier
 Rindermast & Ackerbau
 Galgenau im Mühlviertel

- Nachdem die meisten Betriebe der Land- Forstwirtschaft eine pauschalierte Besteuerung haben, wird die Umsatzsteuer aus einem Einkauf nicht mit der Vorsteuer bei einem Verkauf gegenverrechnet. Das bedeutet: Die beim Einkauf geleistete Umsatzsteuer landet sofort wieder im Staatshaushalt. Konkret landen also bei einer Investitionssumme von 8 Milliarden Euro rund 1,6 Milliarden direkt im Finanzministerium.
- Denkt man dies weiter, landen **zwei Drittel der 8 Milliarden oder mehr in einem Jahr wieder beim Finanzamt**, weil auch jene investieren, welche durch den Einkauf der Land- und Forstwirtschaft ein Geschäft machen und so Umsatzsteuer oder Einkommensteuer leisten müssen.



Ein jährliches, milliardenschweres Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum

- Ein **finanziell gesunder Bauernstand ist also das beste Konjunkturprogramm** für den ländlichen Raum.
- Eine Land- und Forstwirtschaft, die **unternehmerisch richtige Einkommen erzielt, stärkt und sichert** besser wie all die Lippenbekenntnisse der Politik die ländlichen Regionen.
- Es braucht dann **kein politisches Geschwätz ohne Inhalt und Lösungen**. Allein beim Finanzausgleich verkauft man den ländlichen Raum seit dem Zweiten



Weltkrieg für dumm. Der aktuelle Finanzausgleich ist ein himmelschreiendes Unrecht am ländlichen Raum und an den Landgemeinden. Dieses Unrecht hat bis heute niemand abgestellt! Man muss fragen, warum eigentlich nicht?



Das beste Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum sind

Es sind nur die derzeit nicht bezahlten Leistungen zu honorieren. Verdienen die Bauern genug Geld, profitieren alle Unternehmen in den ländlichen Regionen – vom Gewerbe über die Industrie bis hin zu den Dienstleistern. Alle leben dabei gut mit.

Die Land- und Forstwirtschaft erwirtschaftet derzeit kaum die Kosten für die Betriebsmittel.

Ein Arbeitseinkommen mit weniger als 2 € an Stunden-

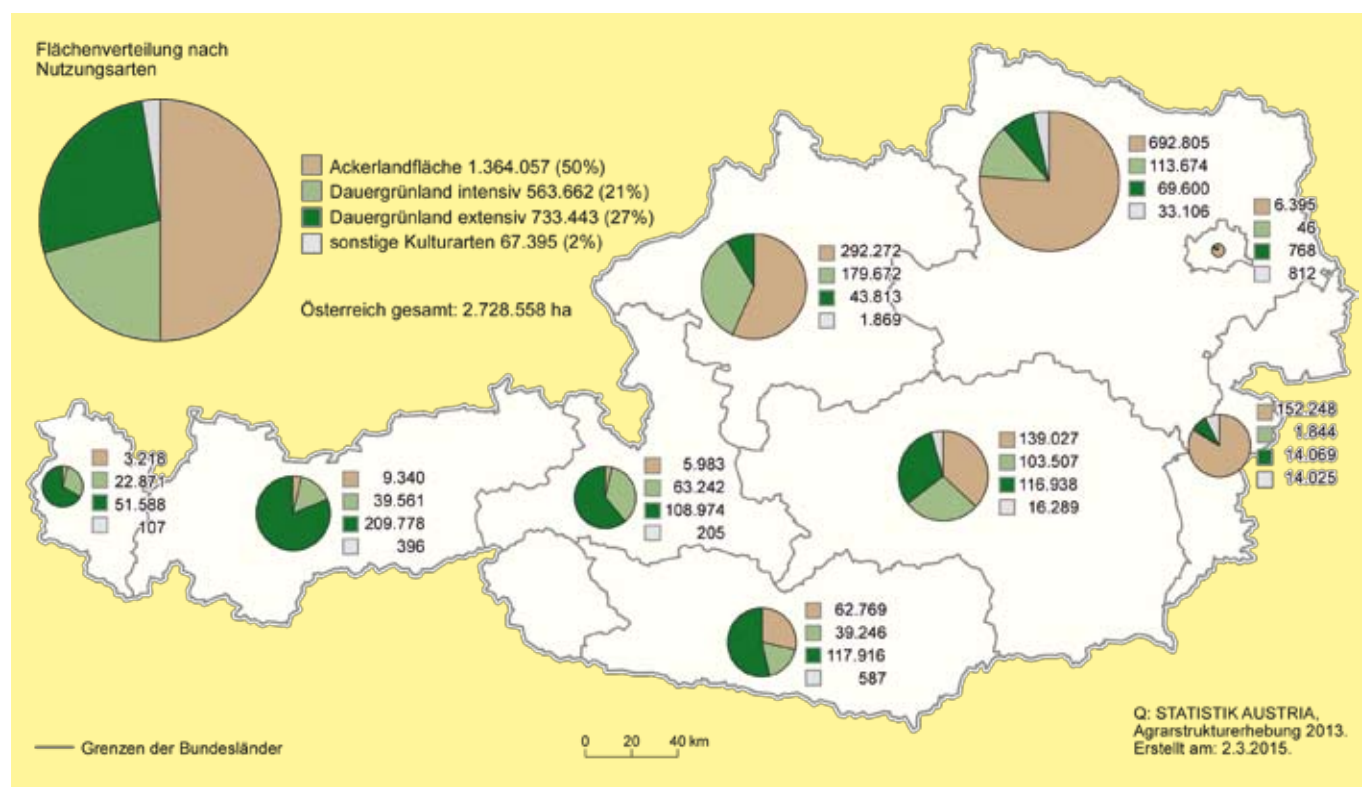
lohn ist eine Schande. Investitionen erfolgen durch Grundverkauf, teure Kredite oder Bäume fällen. Kein Unternehmer lebt derart von seiner Substanz. Nur die Bauern, warum eigentlich?

Geld ist genug da. Es ist nur falsch verteilt. Firmen dürfen natürlich Gewinne machen und Löhne laufend steigen. Spekulanten streifen jährlich Milliarden ein, weitere Milliarden verschwinden in Steuerschlupflöchern.

Die Europäische Zentralbank (EZB) stellt für marode Banken, Staatshaushalte und Firmen laufend hunderte Milliarden Euro bereit – finanziert vom Steuerzahler. Daher ist auch genug Geld für die Land- und Forstwirtschaft da.

Wir brauchen 2–3 Mal mehr an Einnahmen als jetzt, das sind 3–5 Mrd. € mehr im Jahr. Dann sind wir ökonomisch wieder fit. Und das Knie-rutschen um Almosen hat ein Ende.

Agrarstrukturerhebung 2013



leistungsgerechte Einkommen der Bauern! Geld ist genug da!

Bekennnis zu heimischen Lebensmitteln auch leben

Millionen Bürger aus Nah und Fern genießen jährlich die unvergleichliche Schönheit unseres Landes – kultiviert und stets neu durch die Arbeit der Bauern herausgeputzt. Diese tolle Landschaft dient als Werbelokomotive für den Tourismus.

Geht es aber dann um eine ehrliche Kennzeichnung der servierten Lebensmittel, dann betreibt man oft einen Etikettenschwindel. Jeder Gastronom soll sich daher die Frage stellen, was passieren würde, wenn er dem Gast bei der Werbung mit der malerischen Landschaft auch etwas vorgaukeln würde? **Steht also bei den Lebensmitteln**

zur heimischen Produktion! Denn nur diese – erzeugt von unseren Bauern – sichert euch die kostenlose Werbung mit der malerisch unvergleichlich schönen Naturlandschaft.



Keine richtigen Einnahmen – keine Kaufkraft! Daher braucht es 2-3 Mal mehr an Einnahmen!

In der allgemeinen öffentlichen Diskussion ist es selbstverständlich, dass Arbeitnehmer eine Abgeltung der Inflation bekommen.

D.h. eine Teuerung wird mit einer Gehaltserhöhung angepasst, damit die Kaufkraft nicht leidet. Die Anpassung von steigenden Produktionskosten durch höhere Löhne oder höhere Betriebsmittelkosten ist auch im Unternehmertum selbstverständlich und wird umgesetzt.

In der Land- und Forstwirtschaft funktioniert diese Gleichung schon lange nicht mehr. Da galoppieren die Produktionskosten den Einnahmen derart davon, dass

die Bauern oft nur mehr von der Substanz leben.

Am Beispiel Milch: Vor dem EU Beitritt hatten wir eine Produkterzeugerpreis von 6,80 bis 7,40 Schilling. Heute kostet die Milch bei gleichen Kriterien rund 5 Schilling.

Viele engagierte Bauern wurden gescholten und mussten manchen Rüffel einstecken, weil sie sich aus unternehmerischen Fakten heraus für einen besseren Milchpreis einsetzten.

Gesamtkosten		
	Betrieb 1	Betrieb 2
Direktkosten	23 Ct/kg	19 Ct/kg
Übrige Vorleistungskosten	38 Ct/kg	12 Ct/kg
Faktorkosten	60 Ct/kg	12 Ct/kg
Gesamtkosten	121 Ct/kg	43 Ct/kg

Deckung der Gesamtkosten durch Milcherlös, Kälbererlös, Kuherlös, öffentliche Mittel

lk Landwirtschaftskammer Salzburg

Die Forderung nach einem Nettomilchpreis von 40 Cent wurde als unrealistisch abgetan.

Die Kalkulation der Landwirtschaftskammer Salzburg spricht für sich und rehabilitiert jeden Kämpfer, der einen Milchpreis von zumindest 40 Cent einforderte.



Ing. Mag. (FH) Josef Kaltenegger

Zur Person:

Josef Joschi Kaltenegger ist ein Bergbauernsohn aus Rattenberg im Oberen Murtal.

Er ist Unternehmer - www.cenavit.at, internationaler Agrarfachexperte, Journalist und seit seinen Landjugendtagen politisch interessiert wie engagiert. Als Unternehmer ist er in ganz Europa, vor allem in Südost- und Osteuropa tätig.

Der Bauernstand ist ihm ein Herzensanliegen.

„Ein Beispiel für ein rasches, effizientes Signal für heimische Lebensmittel ist der Einkauf von Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen, wie Krankenanstalten, Alten- und Pflegeheimen oder Kasernen. Dort, wo die öffentliche Hand zahlt, wäre es sinnvoll, die verpflichtende Verwendung von AMA-Gütesiegel-Produkten bei Fleisch, Milch, Brot & Gebäck, Eiern, Obst und Gemüse vorzuschreiben. Damit wäre gewährleistet, dass heimische Lebensmittel bester Qualität verkauft werden. Zum Wohle aller Beteiligten. Derzeit ist das oft nicht der Fall.“

Mit der Kraft des Samenkorns zum Ziel

Erstens: Was ist 1 ha Kulturland wert? Zweitens: Warum gibt es keine fairen Spielregeln am Markt bei Lebensmitteln wie generell für Erzeugnisse aus der Land- und Forstwirtschaft?

Zwei Fragen, die beantwortet werden müssen. Die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft werden derzeit völlig unzureichend bezahlt. Die Kosten sind bei weitem nicht gedeckt. Die öffentlichen Gelder garantieren keine ökonomische Zukunft. Die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft sind so schlecht bezahlt, dass die Betriebe wirtschaftlich ruiniert werden. Dazu kommen Spielregeln, welche die Existenzen offensichtlich zerstören sollen. Wäre es nicht so, dann würde es andere Spielregeln geben, oder?

Warum ist das so? Warum sagt man nicht konkret, was es ökonomisch braucht? Warum schwindelt man sich bei diesen Fragen um ehrliche Antworten herum? Das muss abgestellt werden. Man sollte auf der Basis von

Fakten konkret von Wien bis Brüssel sagen wie vorgeben, was man für die Land- und Forstwirtschaft braucht.

Egal, welche offiziellen Unterlagen man sich ansieht: Sie sind derzeit voller Absichtserklärungen ohne konkrete Formulierungen auf der Basis von ökonomischen Realitäten, was die Bauern konkret wirtschaftlich brauchen und wie man es gestaltet haben will! Kein Unternehmer lebt von der Substanz seines Betriebes. Warum tut das die Land- und Forstwirtschaft? Das muss ein Ende haben.

Wer das abstellen will, der muss es wollen. So wie ein Samenkorn, das gegen jeden Widerstand sich seinen Weg zur Sonne bahnt.

Das Samenkorn als Vorbild, damit Bauern eine Ernte haben. So einfach ist es.

Wir stehen für:

- Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Fragen
- Unternehmen, die sich aus Erträgen finanzieren – nicht durch Förderungen
- Schutz des Eigentums, eine gesunde Selbstbestimmung und eine geringstmögliche Verwaltung



Auszug aus der Rede von Josef Moosbrugger

Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich bei der LK-Vollversammlung am 27. Juni 2019 in Oberösterreich:

Moosbrugger-Zitat 1:

"Was derzeit mit Glyphosat, mit Tierwohl und anderen Themen diskutiert wird, sind Inhalte, die letztendlich zukunftsweisend sein werden. Es geht um Beschlüsse, die uns vor Herausforderungen stellen und die uns niemand bezahlt. Das ist aus meiner Sicht der Weg, den der Bauernstand nicht mehr aushält."

Moosbrugger-Zitat 2:

"Das, was derzeit in den Mercosur-Verhandlungen läuft, ist ein gravierender Todesstoß, wenn es um die Rinderwirtschaft und die Fleischproduktion oder die Zuckerwirtschaft in Österreich geht. Es ist aus meiner Sicht ein fauler Kompromiss, den hier die Europäische



Josef Moosbrugger aus Dornbirn – seit 2018 Präsident der Österreichischen Landwirtschaftskammer.

Kommission macht, nämlich Industriegüter gegen Agrargüter abzutauschen. Das dürfen wir nicht zulassen! Ich sage das nicht polemisch. Es ärgert mich wirklich, dass eine Europäische Kommission Beschlüsse fasst, bei denen man das Gefühl hat, dass sie die Öffentlichkeit wirklich nicht will."



"Wir verfolgen die gleichen Ziele!"

V.l.n.r.: Karl Keplinger, Herbert Hochwallner, Josef Moosbrugger, Josef Kaltenecker und Johann Herbst.

Moosbrugger-Zitat 3:

"Sagen wir es deutlich: Wir ducken uns ja manchmal und sind der Meinung, wir seien diejenigen, die für den Klimawandel verantwortlich sind. Nein, wir sind Hauptbetroffene des Klimawandels und nicht die Verursacher! Wir sind auch nicht Mitschuldige, weil für das, was wir zu Emissionen beitragen, produzieren wir ja das, was man täglich zum Leben braucht. Das leistet keine andere Berufsgruppe, das ist der Bauernstand. Auch, wenn manche in der Bevölkerung glauben, dass der Handel die Lebensmittel produziere, nein, das sind immer noch die Bäuerinnen und Bauern und das wird auch in Zukunft so sein!"

Der UBV unterstützt die Aussagen von Josef Moosbrugger vollinhaltlich!

Es ist aber notwendig, dass die Forderungen auch umgesetzt werden! Das ist der Auftrag an die Politik!

Wir freuen uns, dass wir als obersten Bauernvertreter einen Mann der Praxis mit Hausverstand haben.

Die wichtigsten Punkte zur Rede von Präsident Josef Moosbrugger findet man auf unserer Website

www.ubv.at

zum Nachlesen wie Downloaden!

Heilpflanzen gegen Müdigkeit und Erschöpfung

Springen Sie in der Früh leichtfüßig aus dem Bett? Sind Sie den ganzen Tag konzentriert und aufmerksam? Haben Sie am Abend noch genug Kraft, um für die Familie da zu sein? Können Sie vor lauter Müdigkeit am Abend nicht mehr einschlafen?

Viele Menschen leiden heute unter Erschöpfungszuständen, Müdigkeit, Konzentrationsproblemen oder Antriebslosigkeit. Dies kann jetzt organische Ursachen haben. Deshalb sollte bei länger andauernder Müdigkeit oder Erschöpfung zuerst einmal ärztlich abgeklärt werden, ob eventuell eine Erkrankung, zum Beispiel von Schilddrüse, Nebennieren, Leber oder anderes vorliegt.

Können organische Ursachen ausgeschlossen werden, hängen Müdigkeit und Erschöpfung meist mit der momentanen Lebenssituation, Belastungen, Sorgen oder Stress zusammen. Die Diagnostik und Therapie kann hier sehr unterschiedlich sein und sollte individuell darauf abgestimmt werden.

Dies kann im Alltag sehr gut mit Heilpflanzen, die Kraft und Energie geben oder innerlich entspannen, unterstützt werden.



© Mag. Georg Reichlin-Meldegg

Dr. Angelika Prentner beschäftigt sich seit Jahren mit der Kraft der Heilpflanzen und gibt in der Apotheke "Zur Gnadenmutter" in Mariazell wertvolle Tipps.

Wertvolle Heilpflanzen bei Erschöpfungszuständen:

- **Eleuterococcus** (Taigawurzel)
Teeform: 3 x täglich 1 Tasse Tee.
Tropfenform: 3-5 x täglich 15 Tropfen in wenig Wasser verdünnt einnehmen.
- **Ginseng**
- **Grüner Hafer**

Auch **Aromatherapien** eignen sich gut zur Steigerung der Energie sowie zur Aufmunterung.



APOTHEKE UND DROGERIE ZUR
GNADENMUTTER
SEIT 1718

www.zurgnadenmutter.com



»WER NICHTS VERÄNDERN WILL,
WIRD AUCH DAS VERLIEREN,
WAS ER BEWAHREN MÖCHTE«

Gustav Heinemann

www.duenger-akra.de | Tel. 0 711 / 945 931 95

AKRA
Kärner Düngerproduktion



8. Zusammenfassung & Ausblick

Die Forderungen des UBV sind keine unerfüllbaren Wünsche oder eine Abrechnung mit bisherigen Systemen. Sie sind die nüchterne Analyse von Fakten und die sich daraus ergebenden Erkenntnisse wie Erfordernisse!

Bauern nicht dem Weltmarkt opfern

Die UBV-Forderungen sind Notwendigkeiten, damit Land- und Forstwirte wirtschaftlich überleben. Wir wollen nicht am Weltmarkt geopfert werden. Wir wollen eine neue EU-GAP bzw. Agrarpolitik. Die aktuelle ist gescheitert. Wir laden alle ein, unsere Vorschläge zu verbessern.

Wo ein Wille, da ein Weg

Wir sind überzeugt, dass man einen neuen Weg gehen muss. Dazu braucht es Willen und Mut. Das ist daher der klare Auftrag an eine/n Bundeskanzler/in bzw. an eine/n Agrarminister/in. Dazu gehört, dass man nicht immer wartet, bis in Brüssel oder in Wien jemand sagt, wie Land- und Forstwirtschaft funktionieren soll. Am Beispiel der völlig unkontrollierten Migrationsströme hat Österreich bewiesen, dass man als kleines Land in der EU Vorgaben machen sowie etwas verändern kann. Genau so muss es auch bei der Agrarpolitik sein.

Was wir wollen und brauchen

Wir wissen als Unternehmer, was wir brauchen. Derzeit passt

es aus ökonomischer Sicht für die Land- und Forstwirtschaft gar nicht. Die "Rezepte" aus Brüssel erzeugen den Eindruck, die Bauern sind ein Nebenprodukt der Wünsche von Lebensmittelhandel und -verarbeitern, von Chemiekonzernen, der Automobilindustrie oder von Verwaltungsstrukturen fern jeglicher Praxis.

Kulturland kostet Geld

Wir fordern die Bezahlung unserer Leistungen. Wir wollen je Hektar gepflegtes Kulturland für unsere Leistung eine Rechnung stellen. Kein Unternehmen arbeitet gratis oder lebt von der Substanz – nur die Land- und Forstwirtschaft. Wir wollen keine Almosen oder Förderungen, sondern die Bezahlung unserer Leistung. Das ist Unternehmertum.

Es braucht Spielregeln am Markt

Wir fordern faire Rahmenbedingungen am Markt für Lebensmittel sowie Holz und keinen Populismus auf Kosten der Land- und Forstwirtschaft. Am Beispiel Pflanzenschutz: Wenn man unseren Bauern Hilfsstoffe verbietet, dann muss dies für alle

gelten, die ihre Waren in Österreich verkaufen wollen. Es kann nicht sein, dass wir in Österreich nichts verwenden dürfen und die Mitbewerber aus dem Ausland stellen unkontrolliert ihre Waren ins Regal.

Starke Bauernhöfe und schlanke Verwaltung

Für unsere Forderungen brauchen wir eine schlanke, effiziente Verwaltung. Dafür stärken wir den Arbeitsplatz Bauernhof. Unser Ziel ist auch, für kleine Strukturen gesunde Fundamente zu bauen.

Geld ist genug da

Das Geld für die Bezahlung unserer Leistungen ist da. Es wird derzeit nur falsch verteilt. So lange man maroden Staatsfinanzen, morschen wie spekulierenden Firmen hunderte Milliarden an Steuergeld nachwirft, ist klar: Es gibt genug Geld. Mit unserem Modell schafft man zudem ein jährliches Investitionsvolumen durch die Land- und Forstwirtschaft von rund 8 Milliarden. Davon leben tausende Bürger, die nicht in der Landwirtschaft ihren Job haben, auch bestens.

Vielfalt des Genusses bei Kau- und Schluckbeschwerden



Produkte aus Österreich



- Hast Du Probleme bei der Nahrungsaufnahme?
- Hast Du Kau- oder Schluckbeschwerden?
- Willst Du leicht verdauliche echte Lebensmittel mit einer hohen Nährstoffkonzentration, die rasch verfügbar sind?
- Treibst Du gerne Sport und willst Du Dich mit einer neuen Alternative top ernähren?
- Möchtest Du für Zwischendurch, für Dich oder Deine Kinder, eine geschmackvolle Abwechslung, die rasch zubereitet ist?

Die Antwort heißt CENAVIT

CENAVIT-Flane - das ist Breikost aus echten Lebensmitteln. Von Profis erdacht und mit Liebe und Sorgfalt hergestellt. In unseren Flanen stecken nur beste Zutaten und eine Extra-Portion Nährstoffe.

Vom Schweinsbraten bis zum Apfelstrudel - purer Genuss am Löffel.



Appetit aufs Leben

cenavit

www.cenavit.at

Einfach Online bestellen - wir liefern direkt nach Hause!

DER PIONIER IM STALL!

- Rinderställe
- Schweineställe
- Pferdeställe
- Klima-Lüftungs-Systeme
- Schotterspeicher
- Fütterungsanlagen
- Entmistung
- Gülletechnik



**B Brauer
STALLTECHNIK**

A-4441 Behamberg, T: +43 7252/73853
office@braeuer.cc, www.braeuer.cc



Seit 1660 Seckauer Lebkuchen Familie Regner



Bereits seit vier Generationen stellen wir für Sie individuelle Torten, Eisspezialitäten und andere süße Köstlichkeiten her. Probieren Sie auch die Spezialität des Hauses: **Den Seckauer Lebkuchen!**

Ursprünglich wurde die heutige Konditorei Regner 1660 als Hofbäckerei für das Augustiner Chorherren Stift in Seckau gegründet. Seit 1949 stehen auch Zuckerbäcker in der Backstube. Seitdem hat sich unser Einzugsgebiet von Seckau aus immer weiter vergrößert. Heute sind wir bereits in der ganzen Steiermark und über die Grenzen hinaus bekannt.

www.regner.at

ÖtscherKlang

... ein Leben lang

Volksmusik • Wienerlied • Schlager

KONTAKT:

Tristan PILS 0664 / 189 02 90 • pilstristan@gmx.at
Erika ZAHNT 0664 / 418 64 94 • erika.zahnt@gmx.net



© Theo Kust

Starke Ideen kann man nicht aufhalten: Es macht Sinn, beim UBV mitzuarbeiten!

Seit es den Unabhängigen Bauernverband (UBV) gibt, muss er sich viel Häme und Verleumdungen gefallen lassen. Warum gibt es aber eigentlich den UBV und warum schließen sich immer mehr Menschen & Unternehmer dem UBV an?

Die Bauern haben heute das Gefühl, sie sind kein vollwertiges Mitglied in unserer Gesellschaft mehr, höchstens noch geduldet. Und: Es scheint, man will zwar die Leistung der Land- und Forstwirte, aber kostenlos. Darüber hinaus will man sie nicht hören, sehen oder spüren. Gerade die jüngsten Diskussionen erzeugen den Eindruck, die Land- und Forstwirtschaft ist der "Watschenbaum" für alle negativ besetzten Themen. Egal ob Klima, Verkehr, CO₂, Tierhaltung, Ackerbau, Lebensmittel oder Transporte: Verursacher sei die Land- und Forstwirtschaft. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Situation der Land- und Forstwirte immer schlechter! Viele Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand und müssen aufgeben. Die große Unzufriedenheit und das Gefühl, allein dazustehen führte dazu, dass Bauern beschlossen, den parteipolitisch unabhängigen Bauernverband – UBV – wiederzubeleben.

Die „nicht geführte“ Diskussion zur GAP 2020 bis 2027 beweist, dass es dringend ein neues Denken und neue Wege für die Land- und Forstwirtschaft bzw. für die Agrarpolitik braucht. Sonst gibt es keine ökonomische Zukunft.

Das aktuelle Schweigen der gesamten Öffentlichkeit nach innen wie nach außen ist wirklich erschütternd.

Der UBV ist eine echte Alternative!

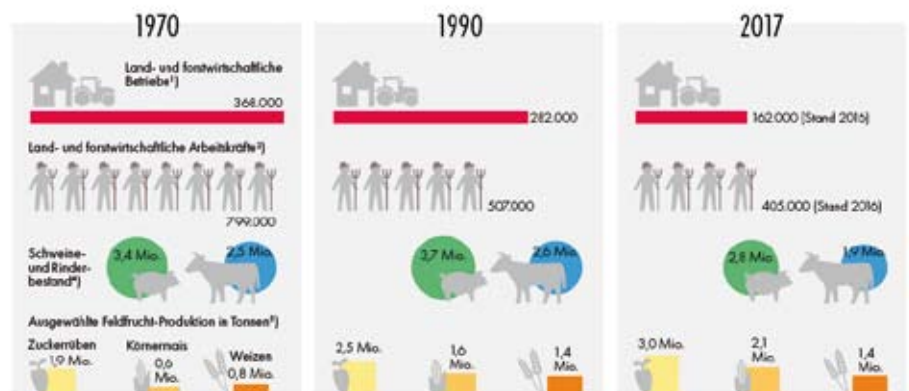
Die Aktivitäten und Ideen des UBV finden großes Interesse. Lange wagten es Bäuerinnen und Bauern nicht, sich öffentlich dem UBV zuzuwenden. Das ändert sich täglich, weil die wirtschaftliche Not nur mehr zwei Optionen offen lässt: Selber mit dem UBV um seine Existenz kämpfen oder zusperrn! Die Zeit der Ausreden ist vorbei. Der UBV hat viele Vorteile bei seinem Engagement: Der UBV ist nicht an die Vorgaben einer politischen Partei gebunden. Der UBV kann daher offen denken und die ökonomisch notwendigen Probleme der Land- und

Forstwirtschaft aufzeigen, ohne dass ihn eine Parteizentrale zurück pfeift.

Welche Partei ein UBV-Mitglied wählt, ist seine eigene, persönliche Entscheidung. Man kann den UBV mit dem ÖGB oder der Industriellenvereinigung vergleichen. Beide sind höchst erfolgreich und nicht parteipolitisch ausgerichtet. Die Überlegungen des UBV für „Neue Wege in der Agrarpolitik“ bauen auf Fakten und ökonomischen Erfordernissen auf. Damit wollen wir einen Beitrag zur deutlichen Verbesserung der Einkommen für die Land- und Forstwirtschaft erwirken.

Wir laden dich herzlich ein, bei uns mitzutun – als Mitglied, als Förderer oder mit deinem persönlichen Engagement!
Herzlichen Dank!

Landwirtschaft - damals und heute



Quelle und Grafik: [DZfLZ] AG/BA, 1) 1970-1975: Erhebungsperiode 1/2 bis 1985-1990: Erhebungsperiode 1 bis Gesamtfläche – ab 1990: Erheblich Betriebe ohne Fläche – ab 1995: Erhebungsperiode 1 bis Landwirtschaft oder 3 bis forstwirtschaftlich genutzte Fläche. 2) Ab 1995 einschließlich erwerbsfähiger Personennr. und Personennr. sowie Schüler bzw. Schülerin und Schüler ab dem 16. Lebensjahr, Sammelkennern und Sammelkennern in der Sammelstatistik Personennr. und Arbeitskräfte in Betrieben ohne Fläche. 4) Allgemeine Veralterung; Bundeszentral für Agrarwirtschaft; 5) Erntehilfen.



Mag. Gerhard Mariacher
UBV-Landeskammerrat

Obmann der Waldwirtschafts-
gemeinschaft Graz-Ost
Region Graz

Waldbauern und Forstbetriebe tragen aktiv zum Klimaschutz bei. Denn Bäume speichern CO₂ und produzieren frischen Sauerstoff. Hitze, Trockenheit und Käferbefall belasten gleich wie Holzimporte und starke Preisabschläge von „Marktpartnern“.

Um unser Eigentum besser zu schützen, brauchen wir im Land starke parteiunabhängige Vertreter aus dem Unabhängigen Bauernverband (UBV).



Ing. Martin Brauchart
UBV-Landeskammerrat

Biobauer
Sankt Johann im Saggautal

Gleichbleibende bzw. sinkende Preise bei steigenden Kosten sind der sicherste Weg, der (bäuerlichen) Landwirtschaft die Existenz zu entziehen. Es stellt sich die Frage: Wie soll es weitergehen?

Freihandel ja, aber nicht auf dem Rücken der Bäuerinnen und Bauern. Sie sind nicht nur Erzeuger von Lebensmitteln, sondern erfüllen weitere wichtige gesellschaftliche Aufgaben, wie die Garantie der Versorgungssicherheit mit gesunder Nahrung, die Erhaltung der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt. Der Beitrag der Bauern zum Wohlstand bzw. zur Lebensqualität eines Landes wird systematisch unterschätzt.

Deshalb unterstütze ich die Initiativen des UBV Steiermark, die ganzheitlichen Leistungen der Bauern in Rechnung zu stellen und deren konkrete Abgeltung einzufordern!



Purgi Kapaun
UBV-Bezirkskammerrätin

Forstwirtschaft & Masthühner
Region Liesingtal

Am UBV gefällt mir die parteiliche Unabhängigkeit, die es Jedem ermöglicht, sich mit seinen Ideen einzubringen.

Das kompakte und konstruktive Programm hat mich ebenso überzeugt wie die zielstrebige und ehrliche Arbeit.

Landwirtschaft und Familie gehören zusammen und müssen jetzt und in Zukunft auch lebensfähig geführt werden können.



Johanna Pöllauer

Bergbäuerin - Milchkühe
Pöllau am Greim

Wir hatten vor dem EU-Betritt einen Milchpreis von rund 7 Schilling. Heute ist der Milchpreis bei 5 Schilling (36 Cent). Welche Branche lässt sich das gefallen?

Früher konnten wir mit dem Milchgeld den Großteil unserer Kosten decken.

Heute fressen uns die Zahlungen auf. Die Zahlungen steigen, die Einnahmen sinken.

Wir arbeiten also nicht kostendeckend, dafür überrollen uns Auflagen und Kontrollen. Der UBV zeigt deutlich auf, wo es bei uns Bauern brennt. Daher unterstütze ich diese Aktivitäten sehr gerne!



DI Helmut Köck

Land- & Forstwirt
Kumpitz / Murtal

Zu viele bäuerliche Betriebe sperren in Österreich ihre Stalltür zu! Überbordete Bürokratie, Marktpreise, die die hohe Qualität unserer Produkte nicht widerspiegeln, zunehmende Verschuldung und klimatische Veränderungen stellen uns vor große Herausforderungen.

Die Versprechen der Politik, ohne Taten folgen zu lassen, helfen niemandem.

Eine in vielen Bereichen fehlgeleitete Agrarpolitik, die die industrielle Landwirtschaft über Gebühr fördert und kleine Strukturen zerstört, vernichtet nicht nur Existenzen, sondern beschleunigt auch die Abwanderung in den ländlichen Gebieten, sodass wichtige Kulturträger in unserer Gesellschaft für immer verschwinden.

In Anbetracht einer sich immer mehr globalisierenden Landwirtschaft und Ernährungsindustrie braucht die österreichische Land- und Forstwirtschaft eine starke parteipolitisch unabhängige Interessensvertretung, die dieser Entwicklung entgegen wirkt.



Angelika Picknitter

Bergbäuerin
Mutterkühe & Schafhaltung
Semriach / Graz-Umgebung

Seit den 90er-Jahren betreiben wir im Bezirk Graz-Umgebung im Berggebiet einen Bauernhof (mit Kühen und Schafen).

Aufgrund der Steiflächen ist die Bewirtschaftung sehr arbeitsintensiv, denn es müssen viele Arbeiten händisch verrichtet werden.

Unsere Anliegen werden stets von den UBV-Kammerfunktionären aufgegriffen, die sich aktiv für den Erhalt der Klein- und Mittelbetriebe einsetzen.

"Wir fordern bessere Rahmenbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft!"



Harald Buchsteiner
UBV-Gemeindebauernobmann

Kalbinnenaufzucht
Forstwirtschaft
Schladming

Gewählte Vertreter auf höchsten Ebenen opfern unsere Interessen bei TTIP, MERCOSUR und anderen Freihandelsabkommen für milliardenschwere Konzerne.

Gleichzeitig erhalten und schützen wir unsere von allen so geliebte Kulturlandschaft zum Nulltarif. Das lässt sich keine andere Branche gefallen. Und unsere Vertreter sehen still zu, weil sie parteipolitisch befangen sind.

Es braucht daher unabhängige Vertreter, welche nicht am Gängelband einer Partei hängen. Ich sehe im UBV sehr viel Potential, da die Lösungsansätze des UBV von aktiven Bauern kommen und nicht von Beamten in irgendeinem Ministerium gebastelt und uns aufs Auge gedrückt werden.

Heutzutage ist es unerwünscht, wenn man Dinge beim Namen nennt! Das kann man nur ändern, wenn man neue Wege wählt. Das unterstütze ich gerne!



Mag. Ulrike Poscharnegg-Kriebernegg

Unternehmerin, Bio-Bergbauer,
Forst & Hochlandrinder
Sankt Johann/Saggautal - Soboth

Ein Bauernstand, der trotz Förderungen kein ausreichendes Einkommen erwirtschaften kann, ist kein freier Bauernstand.

Aus meiner Sicht müsste die Land- und Forstwirtschaft über die Erträge aus den verschiedenen erbrachten Leistungen so ein Einkommen bzw. solche Einnahmen erzielen, die es braucht, damit man wirtschaftlich vernünftig leben kann.

Es braucht daher Spielregeln wie Rahmenbedingungen, welche dies ermöglichen. Aktuell geht es genau in die Gegenrichtung. Das sollte sich ändern.

Ich finde die Überlegungen des UBV für einen neuen Weg sehr gut wie unterstützenswert.

Das entspricht aus meiner Sicht einem Unternehmertum, wo man Innovation, Know-how sowie Fleiß auch ordentlich entlohnt. Dazu braucht man als Fundament aber faire Spielregeln.



Josef Handl

Rinder - Milchwirtschaft
Grünland & Ackerbau
Wieselburg-Land /
Mostviertel

Wir erleben jedes Jahr eine Schwächung unserer Kaufkraft. Während die Betriebsmittel steigen, sinken unsere Einkommen und die Auflagen legen zu. Wo gibt es das sonst noch?

Egal ob bei der Milch, im Forst oder bei den Tieren. Keine Branche akzeptiert, dass man auf Kosten der Substanz lebt. Zumindest eine Abgeltung der Inflation muss bei den Erträgen möglich sein.

Die Ausgleichszahlungen decken weder den zusätzlichen Mehraufwand, noch die Mehrkosten. Der UBV zeigt deutlich auf, wo es bei uns Bauern brennt.



Hannes Lerchbaum

Land- & Forstwirtschaft
Bio-Legehennen
Region Liesingtal

Bauer sein ist für mich Freude an der Arbeit mit freier Zeiteinteilung, artgerechter und wertschätzender Umgang mit Tieren, gemeinsames Schaffen mit der Familie, Erhalt unserer Kulturlandschaft uvm.

Für meinen Einsatz bzw. meine erbrachten Leistungen erwarte ich mir aber eine faire Abgeltung. Das geht nur über einen ordentlichen Preis für meine Produkte.

Dazu gehören auch Spielregeln, die uns Chancen geben und nicht ruinieren. Ich finde, der UBV ist mit seinem Programm am richtigen Weg. Das unterstütze ich gerne.

Beitrittserklärung

Hiermit trete ich dem **Unabhängigen Bauernverband (UBV) Österreich**, Landesverband

OÖ (30 €) NÖ (30 €) Salzburg (30 €) Steiermark (50 €) Tirol (50 €) (Zutreffendes bitte ankreuzen)

bei und erkläre mich bereit, diesen mit einem jährlichen Beitrag bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Vor- und Zuname:

Adresse:

Tel.: E-Mail:

Handy: WhatsApp: Ja Nein

Ich bin auch interessiert, aktiv mitzuwirken und in meiner Region als Ansprechpartner zu fungieren.

Ich stimme zu, dass meine oben angeführten Daten vom Unabhängigen Bauernverband zum Zwecke des Sendens von Informationen gespeichert und verwendet werden dürfen. Ich kann diese Einwilligung jederzeit widerrufen.

Datum: Unterschrift:



ÖKR Stefan Wurm
UBV-Landeskammerrat

Ackerbau, Schweinehaltung
Gunskirchen / Wels-Land

Es gab eine Zeit, da konnte ich mir aus dem Ertrag des Produktverkaufes noch einiges leisten. 1990 konnte ich mit dem Ertrag der Schlägerung von einem halben Hektar Fichten-Wald rund 519.000,- Schilling einnehmen. Damit konnte ich mir eine Maschinenhalle mit den Maßen von 40 x 14 Metern zu zwei Dritteln finanzieren. Für 1.600,- Schilling je Festmeter konnte ich mir 10 Maurerstunden leisten.

Im Jahr 1956 waren es noch 60 Stunden, 1974 waren es nur mehr 20 Stunden, heute gerade noch 1 Stunde. Die Schweine kosteten mit 56 % MFA 2012 1,77 Euro. 1977 waren es für die gleiche Qualität noch 31 ATS = 2,25 Euro. Inflationsbereinigt müssten sie heute 6,- Euro kosten. Warum der Chef der Schweinebörse in Jubel ausbricht, weil der Preis auf 1,60 Euro angestiegen ist, ein geschlossener Betrieb aber 1,80 brauchen würde, versteht keiner.

Mit dem UBV gibt es einen unabhängigen Bauernverband, der weiß, wo unsere Probleme sind. Daher gibt es vom UBV konkrete Vorschläge und kein Schönreden von Missständen. Aus diesem Grund bin ich gerne mit dabei.



Dr. med. univ.
Dagmar Zidek
UBV-Bezirkskammerrätin
Graz und Graz-Umgebung

Ärztin und Landwirtin mit
Heilkräuter-, Hanfanbau und
Pferdezucht
Region Graz

Der Bauernstand ist der Träger und Behüter des Jahrtausende alten Erbes von menschlichem Wissen über den Anbau gesunder Nahrungsmittel, die noch den Titel „Lebens“-Mittel verdienen – über die Pflege von Wald, Feld und Wiese, den Umgang mit Pflanzen und Tieren und über die Rhythmen der Natur.

Diese von einer Generation zur nächsten überlieferten Erfahrungen und die tägliche Arbeit in der Natur sind durch keine technischen Errungenschaften oder akademischen Optimierungsplanrechnungen zu ersetzen. Der dramatische Anstieg von Stoffwechselerkrankungen, Fettleibigkeit, chronischen Umweltvergiftungen, Burn-Out-Syndromen und anderen als Zivilisationskrankheiten bezeichneten „moderne Plagen“ zeigen bereits dramatisch auf, was passiert, wenn wir den Kontakt zu unseren Wurzeln verlieren.

„Stirbt der Bauer – stirbt das Land“ – und die Menschheit sicher gleich dazu.



Barbara Kapaun

Ochsenmast mit Direktvermarktung
Region Kammern

Unser zwölfjähriger Sohn möchte absolut Bauer werden. Die Grundlagen dafür sind gegeben. Wir möchten ihn in seinen Plänen stärken und unterstützen und gemeinsam in eine positive Zukunft gehen.

Wer unterstützt uns dabei? Im UBV finde ich einen innovativen Unterstützer und Vertreter der Bauernschaft.



Leopoldine Luger

Mutterkuhhaltung,
Bio-Schafkäseerzeugung
und Direktvermarktung
Gresten / Mostviertel

Vor allem für unsere kleinstrukturierten Betriebe in den Bergregionen ist es in den letzten Jahren zunehmend schwieriger geworden. Umso wichtiger ist es, sich gemeinsam mit Berufskollegen für die Anliegen der Bauern, d. h. gerechte Erzeugerpreise und eine nachhaltige Landwirtschaft, einzusetzen.

Im UBV sehe ich den einzig richtigen Partner für eine Zukunft unserer Kinder in der Landwirtschaft!

Ich erhalte die **Unabhängige Bauernzeitung (UBZ)** kostenlos (nach Einzahlung des Mitgliedsbeitrages).

Die Beitrittserklärung bitte einsenden an:

UBV Österreich • Grub 8 • 4771 Sigharting
oder per Mail an: office@ubv.at

- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag per Erlagschein/Mitgliedervorschreibung.
- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag bis auf Widerruf direkt mittels Abbuchungsauftrag.
Meine Kontodaten¹ lauten:

Name des Kontoinhabers:

Bankinstitut:

IBAN:

BIC:

Unterschrift:



1) Ihre Daten werden vertraulich behandelt und dienen ausschließlich zur Einhebung des Mitgliedsbeitrages.

Mir sind die Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit wichtig!

Als Bauer, Mensch, ist es mir wichtig – und als Agrarjournalist sogar meine Pflicht – unabhängig wie unvoreingenommen an eine Sache heranzutreten. Befangen oder voreingenommen Ideen aufgrund ihres politischen Backgrounds gutzuheißen oder abzulehnen, ist nicht meine Sache. Politisch geschieht das leider viel zu oft. Es geht mehr um die Partei als um die Sache. Die Folge ist politischer Stillstand, trotz riesiger wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Herausforderungen.

Parteien sind mir persönlich oft zu oberflächlich. Nur selten widmen sie sich mit dem notwendigen Engagement den bäuerlichen Herausforderungen. Parteien bedienen die Gesamtgesellschaft. Das ist mir als Bauer zu wenig. Ich wünsche mir Arbeit und Ideen für meine Berufsgruppe.

Der Bauernstand und die Bauernarbeit in sowie mit der Natur sind etwas Besonderes. Für diese Arbeit, von der ich überzeugt bin, erwarte ich mir eine glaubwürdige, gute Vertretung.

Dies ist deshalb so wichtig, weil große Teile der Gesellschaft landwirtschaftlich total entfremdet sind. Es braucht so viel Aufklärungsarbeit für bäuerliche Anliegen, bevor etwas umgesetzt werden kann. Unsere Landwirtschaft kommt zudem durch Freihandelsabkommen und den Klimawandel enorm unter Zugzwang. Viele Betriebe sperren zu, weil das wirtschaftliche, das ökologische und das politische Umfeld zunehmend bauernfeindlich werden.

Daher muss man mit aller Vehemenz Fehlentwicklungen aufzeigen und ausmerzen, um eine neue Bäuerlichkeit mit Perspektiven zu etablieren. Chancen, z.B. durch nachwachsende Rohstoffe, Kulinarik oder den Tourismus sind da. Es braucht aber Rahmenbedingungen sowie eine positive Stimmung, damit im Sinne der Bauern wieder etwas weitergeht.

Das System unserer Bauernvertretung, geprägt durch politische Parteien, hat in der Vergangenheit einiges erreicht. Ich bemerke aber, dass es mittlerweile langsam

und ineffizient arbeitet und kaum mehr in der Lage ist, auf die wirtschaftlich bzw. ökologisch ernste Situation schnell reagieren zu können. Antworten und Lösungen brauchen gefährlich lange.

Die Höfe sterben heute weg, bevor es Lösungen gibt! Zwar fließt noch immer öffentliches Geld in die Landwirtschaft, aber in falsche Kanäle. Es ist unsozial verteilt, der Bauernstand wird dazu zunehmend unfrei wie abhängig. Es braucht daher schnelle und überlegte Änderungen von innen heraus! Eine unabhängige Bauernvertretung ist ideal dafür geeignet, Anliegen, Herausforderungen und Ideen für die Landwirtschaft zu postulieren und einzufordern.

International ist es üblich, dass unabhängige Bauernverbände das tun.

Im Parteienstaat Österreich scheinen die Uhren anders zu gehen. Hier wird ein unabhängiger Bauernverband oft bekämpft und als Feindbild dargestellt. Das halte ich für bedenklich. Wir könnten und sollten das in unserem eigenen bäuerlichen Interesse abstellen bzw. ändern!



Ing. Konrad Liebchen

Bauer & Agrarjournalist
Neumarkt
in der Steiermark

"Parteien sind mir persönlich oft zu oberflächlich."

"Man muss mit aller Vehemenz Fehlentwicklungen aufzeigen und ausmerzen, um eine neue Bäuerlichkeit mit Perspektiven zu etablieren."

"Jeder Bauer hat die Vertretung, die er gewählt hat!"



Impressum:

Unabhängiger Bauernverband Österreich • office@ubv.at • www.ubv.at

Redaktion: Johann Großpötzl (OÖ), Johann Herbst (Stmk), Herbert Hochwallner (NÖ), Johann Ilsinger (Stmk.), Josef Kaltenegger (Stmk.), Karl Keplinger (OÖ), Stefan Weiss (Sbg.)

Bildquellen: UBV-Archiv, Steiermark Tourismus, Urlaub am Bauernhof, agrarfoto.com, Kverneland, ErwinWV, Ing. Leo Riebenbauern GmbH, Weinfranz, Agrana

Grafikquellen: UBV-Archiv, Steiermark Tourismus, WWF, Sience Magazin (Juli 2011), Styriabrid, ProHolz, Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Die Österreichische Hagelversicherung, ArgrarMarktAustria GmbH, LK Salzburg

Druck: Offsetdruck Bernd DORRONG e.U. / A-8053 Graz

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

Von unserem Wirken sind direkt rund **400.000 Menschen**, die in der **Land- und Forstwirtschaft** arbeiten, betroffen. Diese mit ihren Familien sind also bei 3 bis 4 Personen je Haushalt rund **1,5 Mio. Wähler**. Sie entscheiden maßgeblich bei Wahlen mit, welcher Weg gegangen werden soll! Wir kämpfen also um **bessere Rahmenbedingungen und Spielregeln** für eine große Anzahl an Bürgern in unserem Land. **Wir gestalten den ländlichen Raum!**

**Wir fühlen uns dem Land verpflichtet.
Für unsere Bauern, den Bauernstand, unsere Bürger – unsere Konsumenten!
Für gesunde Lebensmittel von gesunden Böden aus unserer aller Heimat.**

www.ubv.at

